

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährl. 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 20. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die ungarische Krise.

Budapest, 17. Januar.

Obgleich Ungarn noch immer zu den zivilisierten Staaten
Europas gerechnet wird, giebt es nächst der Türkei, Serbien
und Rußland in Europa kein despotischer und ungerechter
regiertes Land als gerade die Länder der „heiligen Stephans-
krone“.

In Ungarn herrscht der Absolutismus der herrschenden
Klassen, des niedrigen und höheren Adels und des Alerus des
magyarischen Stammes, der wenig zahlreichen Bourgeois, die
meist jüdischen oder deutschen Ursprungs ist, aber sich völlig
magyarisch geberdet.

So sind es Gewaltmittel aller Art, welche die herrschenden
Klassen der magyarischen Minorität anwenden, um die Bildung
einer öffentlichen Meinung und einer Organisation der unter-
drückten Massen und der Nationalitäten zu verhindern.

Die Stärke der herrschenden Klassen magyarischen Stammes
besteht in der Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der sie
ihre eigenen Interessen wahren, und in der Ausnützung
jeden eigenen Vorteils und jeder fremden Schwäche.

Der Nationalitätenkampf und die trostlose Zerfahrenheit
des österreichischen Parlamentarismus haben dazu geführt,
daß die Machtstellung der Ungarn ihren Höhepunkt erreicht
hat.

Der Kampf, der heute Ungarn erfüllt, ist ein Kampf
um er den magyarischen Interessengruppen, in den die anderen
Nationalitäten vorläufig noch nicht eingreifen, dem sie aber
nicht theilnahmslos gegenüberstehen, während die Sozial-
demokratie an den oppositionellen Volkskundgebungen sich zu
betheiligen beginnt.

Vanffy brüskierte die gegnerischen Fraktionen des Parla-
ments, so bei der Affäre der Wiederaufstellung des Denkmals
Genki's, des Mannes, der im Kampfe gegen die revolutionären
Ungarn 1849 bei der Verteidigung Ofens gefallen war.

Die Verfassung ermöglicht es der Regierung auch nicht,
nach Belieben das Parlament aufzulösen. Wenn der Reichs-
tag früher aufgelöst, verlagert oder geschlossen würde, ehe er
über die Schlutzrechnungen und den Voranschlag für das
nächste Jahr Beschluß fassen konnte, so muß er noch im Laufe
des Jahres und zwar zu solcher Zeit einberufen werden, daß
sowohl die Schlutzrechnungen als auch der Voranschlag des
nächsten Jahres bis zum Schlusse des Etatsjahres, das in
Ungarn mit dem Kalenderjahre zusammenfällt, im Reichstage
verhandelt werden können.

Dem Parlamente präsidirte nun ein Alterspräsident, der
zu den schärfsten politischen Gegnern des Chefs der Regierung
gehört, die Obstruktion verhindert die Wahl des Präsidiums,
die jeder weiteren Arbeit der Kammer vorangehen muß, und
Vanffy läßt zwar keine Steuern einheben, er verwendet aber,
ohne irgendwie dazu berechtigt zu sein, die Massenbestände des
Staates zu Gehalts-, Zinszahlungen und zu allen sonstigen
laufenden Ausgaben des Staates.

Unter diesen Umständen blieb dem Kaiser nichts übrig,
als das Ministerium Vanffy fallen zu lassen. Es sind Kom-
promißverhandlungen mit der Opposition eingeleitet worden
und über kurz oder lang wird eine Einigung erzielt werden.

Ist aber auch die gegenwärtige Krise beseitigt, so
wird damit für Ungarn keine Ruhe geschaffen sein. Die
schwereren Kämpfe stehen dem Lande noch bevor. Auf
die Dauer können nicht bei einer Bevölkerung von 16 Millionen
über 600 000 Personen wahlberechtigt sein, auf die Dauer

lassen sich nicht die Oppositionsparteien des Parlaments bei
den Wahlen durch Militär, Polizei und Geld wehrlos machen,
vor allem aber kann sich die brutale Meinherrschaft und
Despotie der magyarischen Minderheit gegen die nichtmagyarische
Mehrheit aufrechterhalten.

Was sich heute in Ungarn abspielt, ist bloß der Vorläufer
viel größerer und schwererer Katastrophen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar.

Der Reichstag

hatte heute zu Anfang der Debatte über den Etat des
Ministeriums des Inneren das Schauspiel eines „weißen
Naben“. Herr Köstke, der Großkapitalist und Großunter-
nehmer, der zum Entsetzen seiner Kollegen Stumm, Möller,
Hilbe und Kompagnie die Gleichberechtigung der Arbeiter
anerkannt und den Arbeiter nicht als Menschen zweiter Klasse
betrachtet, sprach für seinen, zusammen mit Pachnicke ein-
gebrachten Antrag auf Errichtung von Arbeits-Nach-
weisen. Herr Köstke entwickelte dabei so liberale und
humane Grundsätze, daß König Stumm auf seinem Thron-
sessel herumsprang, als wäre es der glühende Roß des Jaka's
Montezuma.

Noch über wurde dem Herrn aber zu Muth, als Genosse
Wurm das Wort ergriff, um an der Hand der Fabrik-
Inspektoren-Berichte und des sonstigen amtlichen Materials,
das er beherrscht wie nur wenige außer ihm, gegen das
kapitalistische System und den Massenstaat, der es stützt
und fördert, eine wuchtige und flammende Anklagerede zu
halten. Er zeigte, wie ein wirksamer Arbeiterschutz nur möglich
ist bei wirksamen Arbeiterorganisationen. Ohne solche sind
auch die besten Gesetze todt Buchstaben. Die Arbeitgeber
sind in ihrer großen Mehrzahl Gegner des Arbeiterschutzes und
die Behörden sind mehr auf Seiten der Arbeitgeber als der
Arbeiter. Die Gewerbe-Lusthaft ist durchaus ungenügend,
namentlich in Preußen, wo die Inspektoren am wenigsten
Werth auf die Unterstützung der Arbeiter legen, was Redner
durch zahlreiche Beispiele belegt. In den polnischen Landes-
theilen werden für die Arbeiter, welche kein Deutsch können,
die Arbeiterschutz-Bestimmungen thatsächlich illusorisch gemacht,
indem man sie in deutscher Sprache veröffentlicht. Redner
stellt dann das Märchen vom Arbeiterterrorismus richtig,
indem er nachweist, daß es ein Terrorismus gegen die Ar-
beiter ist. Uebermäßige Arbeitszeit besteht in vielen Arbeits-
zweigen und was die Löhne betrifft, so sind dieselben nur
theilweise gestiegen und auch nicht so, daß eine bessere Lebens-
haltung ermöglicht wäre. In der Glasfabrik von Löbtau z. B.
sind die Löhne so niedrig, daß voll beschäftigte Arbeiter der
Armenunterstützung bedürfen, während die Aktionäre
jetzt Dividenden beziehen. Die Mängel der Arbeiterhygiene,
die unzulänglichen Schutzvorrichtungen für Leib und Leben,
die Heftatomben, welche in Deutschland allwöchentlich auf dem
Schlachtfelde der Industrie gepöfert werden — nichts wurde
den Priestern und Anwälten des Kapitalismus geschenkt.
Kurz, der Arbeiterschutz ist gegenwärtig ganz ungenügend —
darin gipfeln die Ausführungen des Redners — statt aber
auf eine Besserung bedacht zu sein, fänden die Arbeitgeber
und Regierungen nur darauf, die Arbeiter noch mehr
zu knebeln, und das bishen Arbeiterschutz noch zu besneiden.

Der Nationalliberale Großindustrielle Möller, dessen
Mandat regelmäßig vom Reichstag wegen krasser Be-
nehlungen und Mogeleyen kassirt werden muß, und der jüngst
bei der Verhaftung eines der Majestätsbeleidigung
angeschuldigten Amerikaners eine sehr bedeutliche Rolle gespielt
hat, bemühte sich, den Eindruck der Rede seiner zwei Vor-
gänger abzuschwächen, was ihm jedoch um so weniger
gelang, als er — abgesehen davon, daß die Thatsachen wider
ihn sind, von Allen, was zum Redner gehört, nichts,
aber noch gar nichts besitzt. Von fast klassischer Ungeschicklichkeit
war die Art, wie er sich unter krampfhaften Bindungen und
Verkaufslustungen für das noch ungeborene Zuchthausgesetz
erklärte.

Graf Posadowsky war von der Minderwertigkeit der
Möller'schen Logik und Argumentation so tief durchdrungen,
daß er selbst auf den Plan trat und sowohl für seine Fabrik-
berichte als auch für die Sozialpolitik der Regierung eine Lanze
brach. Er gestand zu, daß er der sozialdemokratischen Presse
schätzbare Anregungen verdanke und macht für die Zukunft
allerhand, freilich sehr vage Versprechungen. Betreffs der
Sozialreform, meinte er, sie müsse langsam sein — wie der
Krähwinkler Landsturm — und langsam — wie der
Krähwinkler Landsturm — werde die Regierung
vorgehen, unbeeinträchtigt durch die Träumereien von „Theoretikern
hinter der Studirlampe“. Ob er Herrn v. Berlepsch unter
die Theoretiker hinter der Studirlampe zählt, hat er uns leider
nicht gesagt. Inzwischen war es fünf Uhr geworden, das Haus
war müde, und Genosse Agster, der heute seine Jungferrede
hielt, hatte einen schweren Stand. Ueber ein reiches Material
verfügend, widerlegte er leicht die Sophismen und Schön-
färbereien des Herrn Möller, und legte die Schäden auf
sozialpolitischem Gebiete klar, durch die Gründlichkeit seiner
Ausführungen erzwang er sich schließlich die Aufmerksamkeit
des anfangs recht unaufmerksamen Hauses.

Morgen Fortsetzung.

Freisinn!

Die Regierungs- und Hoffähigkeit des Freisinn ist erwiesen! Die Reichsfeinde von ehemals lassen sich in den Triumphwagen — Köller's einschleichen. Und unter den gelackten Fackeltänzern, die des schleswig-holsteiner Oberpräsidenten Haupt im feurigen Glanze erstrahlen lassen, schlängeln sich am behendesten die Freisinnigen, um aller Welt zu zeigen, daß sie auch einmal — Leuchten sein können. Aber es sind nicht etwa gleichgültige Parteinullen, die sich an der Defilirtour vor dem Selbstherrscher aller Schleswig-Holsteiner beteiligen — die **Wahlvorstände** selbst der freisinnigen **Vereinigung und freisinnigen Volkspartei** haben beschloffen, an dem Arrangement des für Schleswig geplanten Fackelzuges für Köller mitzuwirken.

Dieser Zug von „nationaler“ Gesinnung war denn selbst der tüchtig gekämpften bläß-liberalen „Kieler Zeitung“ zu stark. Sie erlaubte sich, das Unternehmen nicht schön zu finden, Darauf aber rechte sich der Freisinn in seiner ganzen Mannesgröße stolz auf und erklärte in einem Manifest der „Schleswiger Nachrichten“, die „Kieler Zeitung“, „könnte ihnen sonst was“. Die Leiter des Schleswiger Freisinn — die Erklärung war unterzeichnet von drei Personen namens der freisinnigen Vereinigung und fünf Personen namens der freisinnigen Volkspartei — tanzten „voll und ganz“ vor Herrn v. Köller, ohne um die Erlaubnis ihres Parteiblattes zu fragen.

Es steht zu erwarten, daß v. Köller demnächst zum Ehrenmitglied des wiedervereinigten Freisinn ernannt werden wird, zur Belohnung seiner Ausweisungspolitik.

Dahin ist es mit dem deutschen Bürgerthum gekommen. Um das goldene Kalb tanzt es längst, jetzt braucht es nicht einmal von Gold zu sein, wenn es nur überhaupt ein großes Thier ist, um das herum genügend Platz für ein polizeilich gebildetes Tanzvergnügen in lokaler Gesinnung ist. Dieses Bürgerthum ist reif, daß eine scherzhaft Laune ihm, wie den Narren von ehemals, lustig-qualerliche „Geduldproben“ auferlegt. Dieses Bürgerthum ist es werth, daß man ihm Peitschenschläge versetzt — zur Aufmunterung und Belohnung seines Wohlverhaltens.

Man tanzt um Köller!

Eugen Richter mag wohl anfangen, milde zu werden, wenn er die neueste „Parteinachricht“ aus Schleswig-Holstein liest, dessen Provinzial-Hauptstadt eine „Hochburg“ des Freisinn ist.

Vom zweifarbigen Zentrumstuch.

Unter dem Einfluß der neuen Militärbegeisterung zeigt das bisher einheitlich schwarze Zentrumstuch rothe Streifen. Den Meinungsmachern in der Presse wird es nicht ebenso leicht, den Bruch mit allen bisherigen Traditionen zu vollziehen, wie den nur an den Tag und seine Ausbeutung denkenden parlamentarischen Führern der regierenden Partei. Die Bedenken, die von der „Kölnischen Volkszeitung“ neulich gegen die Militärvorlage geäußert worden sind, stellen zwar nur einen Scheinangriff dar, um die schwächliche Kapitulation zu verdecken. Dagegen kommt in den kleineren liberalen Blättern die Mißstimmung über den „Liberalismus“ des Zentrums gegenüber Regierung und Militär ernsthafter zum Ausdruck. So schreibt der „Kachener „Volksfreund“:

„Bis zum Jahre 1893 galt es als etwas Selbstverständliches, daß vor jeder Reichstagswahl das Zentrum klar und deutlich auch dem Militarismus gegenüber Stellung nahm. Wir haben uns die Mühe genommen, vom Ende der siebziger Jahre an, von welchem Zeitpunkt an die Militärforderungen immer mehr in den Vordergrund traten, die **Wahlaufrufe der Zentrumsfraction** zu den Reichstagswahlen durchzugehen. In allen ohne Ausnahme wird eine **Beschränkung der Reichsausgaben**, und zwar an erster Stelle beim **Heerwesen**, klipp und klar gefordert. In diese Forderung ist stets im Druck der Wahlaufrufe der Zentrumsfraction besonders hervorgehoben, so auch dadurch als eine der vornehmsten des Zentrums gekennzeichnet. Besonders nachdrücklich ist sie z. B. gestellt in den Jahren 1887 und 1893, in denen ein heftiger Streit um die Heeresvermehrung zwischen dem Reichstag und den Regierungen entbrannt war. Es könnte uns reizen, aus dem 1896er Wahlaufruf die Stellen hier wiederzugeben, die gerade auf Veranlassung des Mitgliedes unserer Fraction in den Wahlaufruf aufgenommen wurden, der heute als eines der bewilligungslustigsten Mitglieder des Reichstags bekannt ist. Wir unterstellen aber der Beachtung, um die Genehmigung dieser blutigen Ironie zu verschaffen. Der vor den letzten Reichstagswahlen erlassene Aufruf unserer Fraction enthielt — die Ereignisse warfen bereits ihre Schatten voraus! — die bis dahin übliche Forderung nicht mehr. Allerdings, wie hätten auch nach dem bei der Marinevorlage begonnenen neuen „Entwickelungsplan“ gewisser Politiker so „altfäulische“ Ausdrücke wie zum Beispiel derjenige von der „unerträglichen Belastung des Volkes“, der sich noch im 1893er Wahlaufruf findet, zu der jetzigen Situation gepaßt? Das wäre ja nach der Ansicht unserer Gegner nicht „national“ gewesen! Mit dem so viel und so klump mißbrauchten Schlagwort „national“ möchte man übrigens nachgerade auch in unseren Reihen so manche unbesorgte Erscheinung, so manchen schlimmen Vorgang, ja den ganzen fatalen **militaristischen Hausierungsprozeß** klüglich bedecken! . . .

Das Zentrum liebt natürlich bei aller Schwärmerie für das hunte Tuch die Zweifarbige nicht in der eigenen Partei. Und die „Kölnische Volkszeitung“ sucht mit sanftem Breden die schwarze Einheitslichkeit wieder herzustellen, unsrei nach dem Vorbild des Herrn v. Hertling, der mit seinen Doppelgriffen den geistlichen Geiger übertrug und in seiner Person ein Duett vereinigt. Auch die „Kölnische Volkszeitung“ übt sich in der ultramontanen Roderisierung des alten Wortes: Ihr Wort ist ja nein, ja nein! Man bekenne sich auch jetzt noch zu den antimilitaristischen Kundgebungen der früheren Zeit. Daraus folge aber nicht, daß jede Militärvorlage von vornherein abgelehnt werden müsse:

„Mit dem „Volksfreund“ halten wir den **Militarismus**, welcher übrigens auf allen europäischen Staaten lastet und auch auf den außer-europäischen Staaten zu lasten beginnt, unter verschiedenen Gesichtspunkten für ein großes Uebel; aber es will uns zuweilen scheinen, daß derselbe, nach der ganzen Entwicklung, **bis in seine letzten Konsequenzen sich wird ausleben müssen**, ehe Wandel eintritt. Jedensfalls ist einleuchtend, daß ein einzelnes Land oder gar eine einzelne Partei Wandel zu schaffen nicht in der Lage ist.“

Der Militarismus muß sich ausleben. Das fromme Blatt befolgt die Moral jener frivolen Etern, die da der Meinung sind, daß ihre Söhne sich austoben, sich ihre Hörner ablassen müssen. Das Vaster muß es erst bis zum Erbrehen bringen, ehe sich die Tugend zu Lische setzen kann. Und das Zentrum stopft dem nimmermatten Militarismus den Rachen, auf daß jene rettende Explosion eintreten möchte. Das arme Zentrum! Es muß den Satanskult fördern, weil der liebe Gott nicht mehr in der Mode ist, und es als schwache Partei nicht stark genug ist, Wandel zu schaffen. Bei der lex Heinze wird man die Anwälte des Teufels an diese Moral des Auslebenmüssens erinnern.

Interessant ist, daß der Kachener „Volksfreund“ den für

das Zentrum ungünstigen Ausfall der Kölnier Gewerbe-gerichtswahl auf die militärische Haltung der Lieber-Männer zurückführt. —

Magdeburger Justiz.

In dem Majestätsbeleidigungs-Prozeß, der zur Verurteilung Müller's zu vier Jahren führte, traten als Zeugen neben Schmidt auch der Geschäftsführer Fabian und der Verleger Harbaum auf.

Die Zeugen hatten behauptet, daß Müller mit der Herstellung der inkriminirten Nummer nichts zu thun, sein Name als verantwortlicher Redakteur versehenlich im Kopfe des Blattes geführt wurde. Die Aussagen schienen dem Gericht für Müller nicht entlastend.

Nunmehr ist aber, wie die Magdeburger „Volksstimme“ meldet, gegen Harbaum auf Grund seines Geständnisses ein Verfahren eingeleitet. Er ist angeklagt, eine Person fälschlich als Redakteur genannt zu haben.

Das Preßgesetz bestimmt für den Verleger, der wissentlich gefehen läßt, daß eine Person fälschlich als Redakteur eines Blattes genannt wird, Geldstrafen bis zur Höhe von 1000 M. oder Haft oder Gefängniß bis zu sechs Monaten.

Es ist zweifellos, daß für den Fall der Bestrafung Harbaum's auf Grund des § 18 des Preßgesetzes, das Urtheil gegen Müller aufgehoben werden muß. —

Deutsches Reich.

Interpellation über Arbeitermangel auf dem Lande. Der Zentrumsgesandte Szynala, der schon in der vorigen Tagung den Arbeitermangel auf dem Lande im Abgeordnetenhause zum Gegenstande einer Interpellation gemacht hatte, wird der „Germania“ zufolge demnächst seine Interpellation wiederholen und die Regierung fragen, was sie zur Abhilfe des Mangels an landwirtschaftlichen Diensthöten und Arbeitern zu thun gedenke. — Im vorigen Jahre erwiderte die Regierung bekanntlich, daß Maßregeln zur Bekämpfung der Freizügigkeit geplant werden. —

Vom Kaiser und der Kaiserin wurden am Mittwoch Abend die Präsidien beider Häuser des Landtages empfangen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist in der Lage mittheilen zu können, daß der Kaiser an die Präsidien des Abgeordnetens- und des Herrenhauses „leutselige Worte“ gerichtet habe. Der Empfang dauerte mit Rücksicht auf die gleich folgende höfliche Defilirtour 1-2 Minuten. —

Sozialdemokraten in Schuldeputationen. Wie man uns aus Mainz mittheilt, befindet sich dort Genosse Haas in der Deputation für Schulangelegenheiten und Genosse Tiefel in Schulvorstände. — Das Deutsche Reich ist also doch nicht ganz „verpreußt“. —

Ewige Treue. In Wien weilt zur Zeit eine Offiziers-Abordnung des Berliner Regiments, dessen „Chef“ der österreichische Kaiser seit 50 Jahren ist. Beim Diner erwiderte der preussische Oberst von Schwarzenlopp auf einen Trinkspruch Franz Joseph's: „Das Regiment fühle sich glücklich und stolz, dem Kaiser Franz Joseph, das leuchtende Beispiel eines erhabenen Monarchen, als Chef zu besitzen. Jeder Offizier und jeder Grenadier des Regiments werde bis zu seinem letzten Athemzuge in der Treue für den Kaiser von Oesterreich ausharren.“

Während des Jahres 1896 haben die Offiziere und Grenadiere des Regiments offenbar den Athem angehalten, um keinen Athemzug der Untreue thun zu müssen. —

Hoch und Hurrah. Bei einem Berliner Festkommers des Vereins deutscher Studenten hat man den verstorbenen Bismarck dreimal hoch leben lassen. Der deutschen Flotte wurde ein dreimaliges Hurrah gewidmet. Im neudeutschen Studenten-sorgen scheint man demnach für die Todten das Hoch leben zu reserviren, während man das Gedächtniß staatlicher Einrichtungen durch Hurrah zu fördern sucht. —

Erdrosselungssteuer für — Müller. Zu der letzten Sitzung des Ausschusses und des Vorstandes des Bundes deutscher Müller wurde eine an den Reichstagskanzler und den Reichstag zu richtende Eingabe wegen Einführung einer kasselförmigen Umjay-steuer für Mühlern beschlossen.

Es ist auch gar nicht einzusehen, warum die Mittelstands-Müller bloß für die Boarenhausbesteuerung zu Gunsten der Mittelstands-Gändler Propaganda machen sollen. Warum sollen sie nicht auch selber etwas von der Erdrosselungssteuerpolitik profitieren? Auf dem Gebiet kann Herr Miguel noch mancherlei erleben! —

Russisches Fleisch. Aus Tarnowitz in Schlessen wird geschrieben:

Seit 14 Tagen werden die Schweine, die wir aus Polen einführen und im hiesigen Schlachthofe schlachten, außer mit den Stempeln „Tschinzentri“ und „Städt. Schlachthaus Tarnowitz“ noch mit einem 20 Centimeter langen und fast 2 Centimeter breiten Stempel von rother Farbe „Russisches Fleisch“ bestempelt und zwar so, daß jedes Schwein 60 bis 90 solcher Stempel „Russisches Fleisch“ bekommt, das ganze Fleisch der Schweine überhaupt vollständig roth von Farbestempeln ist. Die Schweine ist jetzt mit diesen Stempeln nicht zu gebrauchen und wird das Ganze geradezu ekelerregend.

Vermuthlich ist diese Maßregel auf irgend eine agrarische Stänkerelei zurückzuführen, da die Agrarier ja ein Interesse daran haben, den deutschen Konsumenten das „russische Fleisch“ zu verketen. Man hofft, die russischen Schweine durch „deutsche Sitten“ zu vertreiben. —

Staatsgefährliche Wetten. Der Nordmarktfreunde des „V. T.“ erzählt uns dem Reichs-Köller:

„Weil eine Frau Wetten über den Zaun gehängt hat, ein weißes Oberbett immer neben ein rothes Unterbett, so hat sie ein Strafmandat bekommen, da das die Farben des Danebrog sind.“

Wie viel Strafmandate mögen da die jungen Damen der Nordmark bekommen, die das Unglück haben, so gesund zu sein, daß Weiß und Roth auf ihren Wangen sich hochverträglich stellt. —

Vom Nationalitätskampf gegen die Polen. Nach einer Mittheilung der „Schlesischen Volkszeitung“ sind die beiden an der Breslauer Universität bestehenden polnischen akademischen Vereine „Concordia“ und „Verein der Oberschlesier“ aufgelöst worden. — Man hat durch die Auflösung ihrer Vereine die jungen Leute ganz sicher zu überzeugten Deutschen und Preußen gemacht. —

Uebrigens soll den Vorsitzenden der beiden aufgelösten Vereine mitgetheilt worden sein, daß durch Ministerial-Berordnung generell die Auflösung sämtlicher auf preussischen Universitäten bestehenden polnischen Studentenvereine angeordnet sei.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist vom Landgericht Zwickau der 45-jährige, vorbestrafte Handarbeiter Eduard Künzler zu 7 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. —

Kein Steuer-Erlaß. Aus Luxemburg wird uns geschrieben: Die Abgeordneten Welter und Genossen hatten den Antrag eingebracht, die direkten Steuern bis zum Vertrage von 10 Brants während des laufenden Jahres außer Hebung zu setzen. Die Luxemburger Staatskassen stehen aber in Folge der indirekten Steuern und hauptsächlich der Zölle. Um den ärmeren Klassen eine kleine Kompensation zu bieten und da Luxemburg absolut keinen Einfluß auf die Einnahmen des Zollvereins hat, so versuchten die Antragsteller, die Entlohnung auf einem Umwege zu bewerkstelligen. Die Entlohnung sollte sich bloß auf die Steuerquoten bis zu 10 Brants erstrecken, damit kein Wähler des Stimmrechtes verlustig ginge.

(Zensuswahlen.) In der Sitzung vom 17. Januar cr. wurde der Antrag mit großer Majorität abgelehnt. Natürlich, es handelte sich ja um eine Klasse von Bürgern, die keine politischen Rechte haben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhause ist nun wieder die Obstruktions-Politik der deutschen Opposition eingezogen. Gleich zu Beginn der Sitzung vom Donnerstag beanstandete Abgeordneter Groß das Protokoll der letzten Sitzung, stellt mehrere formelle Anträge zur Nichtigstellung des Protokolls und beantragt darüber namentliche Abstimmung. Zwei namentliche Abstimmungen wurden veranlaßt, in welchen die Anträge des Abgeordneten Groß mit 150 gegen 67 und 120 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurden.

Nachdem mehrere Anträge auf Verlesung des Ministeriums in den Anlagenzustand gestellt waren, wiederholte der Sozialdemokrat Rieger den Antrag, daß der Preßauschuß über die Aufhebung des Zeitungsstempels binnen 48 Stunden zu berichten habe und dieser Bericht als erster Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gelange. Darüber entspann sich eine längere lebhafte Debatte. Abg. Kaiser betont, ob dringend auch die Aufhebung des Zeitungsstempels sei, müsse dieselbe vor den nationalen Forderungen der Deutschen zurücktreten, und beantragt, daß der Bericht des Preßauschusses nach den Ministeranfragen auf die Tagesordnung komme. Abg. Schönerer beantragt, die nächste Sitzung morgen mit der Tagesordnung „Minister-Anlagen“ abzuhalten. Sämmtliche Tagesordnungs-Anträge werden abgelehnt. Es verbleibt beim Vorschlage des Präsidenten, wonach die nächste Sitzung Dienstag mit der Tagesordnung „Fortsetzung der heutigen Tagesordnung“ stattfindet.

Die Osmänner der deutschen Oppositionsparteien sind zu einer Einigung in dem Vorgehen gegen die Regierung gelangt. Nach eingehender Erörterung der politischen und nationalen Lage der Deutschen in Oesterreich erklärten die Parteivorstände die dringende Nothwendigkeit, gemeinsam die nationalen und politischen Forderungen der Deutschen aufzustellen und zu vertreten. Behufs Durchführung dieser Angelegenheit sollen die Verhandlungen an den nächsten Tagen fortgesetzt werden. —

Schweiz.

Vern, 17. Januar. (Sig. Ver.) Hier herrscht diesen Winter eine außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit. Wegen 1000 Personen sind ohne Arbeit, davon allein über 850, welche der städtischen Arbeitslokalen als Mitglieder angehören. Arbeitersekretär Dr. Wassilieff veranstaltete vorige Woche einen Zug der Arbeitslosen vor das Stadthaus, um darzutun, daß das Vorhandensein ausgedehnter Arbeitslosigkeit keine leere Behauptung ist und um womöglich öffentliche Arbeit für die Beschäftigungslosen zu erhalten. Der Stadtpräsident Lindt empfing eine Abordnung und versprach Abhilfe. Dr. Wassilieff ließ gleichzeitig in der ganzen Stadt Plakate anhängen, in welchen er die Erhöhung der städtischen Jahressubvention an die Arbeitslokalen von 7000 auf 10 000 Fr. die Bildung eines Komitees aus allen Kreisen zur Veranstaltung öffentlicher Geldsammlungen und die Beschäftigung der Arbeitslosen mit Straßenreinigungs-Arbeiten vorschlug. Auf Einladung des Stadtpräsidenten fand eine Versammlung von Delegirten der verschiedenen Vereine statt, die ein Komitee zur Vornahme von Geldsammlungen bestellte. Auch die Regierung hat die Beschaffung von Arbeit versprochen. — Die Mangelhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Nothwendigkeit ihrer Umgestaltung wird durch diese Massen-Arbeitslosigkeit mit ihrer Unmenge von Noth, Elend und moralischen Schäden überzeugend demonstriert. —

Frankreich.

Paris, 10. Januar. Wie verlautet, plane der Kassationshof, Drejus nicht vor ein neues Kriegsgericht, sondern vor den Senat als **Ausnahmegericht** zu stellen. Dem „Echo de Paris“ zufolge beharrten die als Sachverständige von dem Kriegsgericht vom Jahre 1894 vernommenen Personen bei ihrem gestrigen Behörde vor der Kriminallammer des Kassationshofes dabei, daß das Vordereau von Drejus herrühre, während die in dem Prozesse Eberhoh vernommenen Sachverständigen auf das Bestimmteste die Ansicht aufrecht erhielten, daß das Vordereau nicht von Eberhoh herrühre.

England.

Chamberlain, der englische Groß-England-Minister, hat wieder eine Rede gehalten, in welcher er, in seiner polternd renommistischen Weise, die Politik der offenen Thür verfocht, Frankreich allerhand Souveränitätsfragen sagte und abermals that, als wolle er Deutschland kassoliren. Die deutschen Kolonien, meinte der englische Kolonialminister, hätten doch auch von der „Offenen-Thür-Politik“ großen Vortheil. Aus dem ausländischen Telegramm, welches uns zugegangen ist, brauchen wir bloß den auf Madagaskar und Neufundland bezüglichen Passus zum Abdruck zu bringen, da dies das einzige Neue in der Rede ist. Herr Chamberlain sagte so:

„Was Madagaskar angeht, so sei die englische Regierung der Ansicht, daß hier ein Treubruch vorliege. Feierliche Verpflichtungen seien ignoriert und umgangen worden, England sei um Vertragsrechte gebracht worden, der britische Handel habe hierdurch beträchtlichen Schaden erlitten. Die Regierung glaube indeß, daß diese Frage in einer für beide Länder annehmbaren Weise ihre Billigung finden werde. Die Thatfachen, betreffend Neufundland, so legte Chamberlain weiter dar, böten ein typisches Beispiel einer boshaften Politik, die augenscheinlich darauf ausgehe, den größtmöglichen Kerger und Schaden für Andere mit möglichst geringen Vortheilen für ihre Urheber zu verbinden. England wünsche indeß, daß die Frankreich durch den Utrechter Friedensvertrag zugestandenen Rechte eine genaue Auslegung erfahren, nicht ausgedehnt und zu Englands Schaden mißbraucht werden. Wenn diese Rechte einer genauen Durchsicht unterworfen werden und wenn Frankreich glaube, daß sie Weith für Frankreich besitzen, und wüßens sei, Anlaß und Quelle der Erregung zu beseitigen, dann werde England bereit sein, die Aufhebung dieser Rechte durch Gewährung einer billigen Entschädigung zu vereinbaren.“

Dieser Passus ist ein „typisches Beispiel“ Chamberlain'scher Veredamtheit, die mit Grobheiten beginnt und mit Freundlichkeiten oder wenigstens mit friedlichen Worten endigt. —

Serbien.

Belgrad, 10. Januar. Die Stupskina nahm mit großer Majorität das neue Wahlgesetz an, demzufolge nunmehr jede Stupskina-Session aus drei, fünf Jahre zu dauern hat.

Amerika.

Regelung der Grenzfreizügigkeiten zwischen Argentinien und Chile. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Der Präsident von Argentinien Roca wird am nächsten Dienstag eine auf etwa 80 Tage berechnete Reise nach der patagonischen Küste unternehmen; der Präsident von Chile Errazuriz wird sich an demselben Tage in Valparaiso ebenfalls einschiffen. Beide Präsidenten werden in der Gegend der Magalhans-Straße eine Zusammenkunft haben und werden den Versuch machen, die Grenzfrage ohne Inanspruchnahme eines Schiedsgerichts zu regeln.

Grünenthal und Riantshou in der Budgetkommission.

In der Budgetkommission des Reichstags stand heute zunächst der Etat der Reichsdruckerei zur Verhandlung. Abg. Müller-Pudba (Z.) bringt den „Fall Grünenthal“ zur Sprache und erwidert Aufforderung darüber, wie es möglich gewesen sei, daß Grünenthal undurchsichtige Scheine sich angeeignet habe, während doch alle

werthlosen Scheine durchlöcher werden sollen. Er fragt ferner, welchen Umfang die Defraudation angenommen, wer den Schaden — außer Grünenthal's Nachlaß — gedeckt, ob jetzt die erforderliche Kontrolle gesichert sei, wie sich die anderen Kontrollbeamten gerechtfertigt haben, und welche Vorkehrungen getroffen seien, um Fälle à la Grünenthal für die Zukunft unmöglich zu machen. Staatssekretär v. Boddlefeldt: Die Reichsbank habe eine genaue Prüfung der Scheine vorgenommen. Es handle sich um zwei betrügerische Vorgänge. Im Ganzen habe sich Grünenthal 489 300 M. angeeignet, 44 000 M. seien auf dem Kirchhof gefunden worden. Also handle es sich noch um 445 300 M. Aus dem Vermögen Grünenthal's hätten sich 282 000 M. baar, sowie an Schmuckstücken und dergleichen 18 000 M., im Ganzen also 300 000 M. ergeben. Es bleiben also noch 145 300 M. zu decken, wofür die Reichsdruckerei aufkomme. Der Staatssekretär giebt sodann eine Darstellung der Entdeckung des Falles, wie sie bereits bekannt ist, und konstatirt, daß es lediglich kleine Nachlässigkeiten Anderer waren, die Grünenthal sich zu nütze gemacht. Aber eine pflichtwidrige Handlungsweise anderer Beamten der Reichsdruckerei sei nicht nachgewiesen. Es sei aber die strengste Kontrolle eingeführt, und Fälle à la Grünenthal seien für die Zukunft ausgeschlossen. — Abgeordneter Müller-Hulba bemerkt, daß die vom Staatssekretär im vorigen Jahre im Plenum abgegebene Erklärung nicht ganz zutreffend gewesen sei, da in der Reichsdruckerei die Kontrolle vorher mangelhaft gewesen sei. Staatssekretär v. Boddlefeldt weist den Vorwurf zurück. Er habe ganz korrekt gehandelt und das Interesse der Erhaltung des Wertes unserer Noten im Auge gehabt. Die Diskussion ist damit geschlossen. Der Etat der Reichsdruckerei wird bewilligt.

Es folgt die Berathung des Etats für die Verwaltung des Gouvernements Kantschou. Einnahmen liegen noch nicht vor. Der Etat fordert nur in Ausgabe als Extraordinarium: zur Einrichtung Kantschou's als wirtschaftlicher und maritimer Stützpunkt 8 500 000 M. Die Vereinfachung einer Poststation ist gefordert, weil für die Aufstellung eines gegliederten Etats die notwendigen Unterlagen fehlen. Der gestellte Forderung liegt eine spezialisirte Schätzung zu Grunde. Das Gouvernement erfordert danach 79 500 M. (Gouverneursgehalt 36 000 M., ein Adjutant 8110 M., ein Intendant 10 335 M.), die Zivilverwaltung 316 000 M., die Militärverwaltung 1 542 040 M., außerdem gemeinsame Einrichtungen für Militär- und Zivilverwaltung 1 296 587 M. Dazu kommen für Hofbauten einschließlich Landwerb 1 500 000 M., für Hofbauten inkl. Landwerb zc. ebenfalls 1 500 000 M., Ernährungsausgaben 800 000 M., Seezeichenweien und Vermessungen 1 086 400 M. und für vorhergesehene Ausgaben 888 800 M.

Referent Dr. Lieber empfiehlt die Bewilligung der geforderten Poststationen. Inzwischen habe man auch Einnahmen gehabt durch Landverkäufe, dazu komme Grund- und Gewerbesteuer, Miethen zc. Bei den Landverkäufen habe der Erlös meist die Schätzung überstiegen. Die Firmen, welche Land erworben, seien von der besten Meinung über die Zukunft der Kolonie durchdrungen. Staatssekretär Tirpitz hebt hervor, daß sich die ersten Firmen Ostasiens in der Kolonie angekauft haben. Dr. Lieber berichtet ferner, daß große Striche Dedland in der Kolonie angeforstet werden sollen. Die Chinesen haben allen Wald niedergelassen, es gebe in Folge dessen bis jetzt dort nur Gesträuch. Es solle sogenannte „Krongut“ angeforstet werden. Der Preis für Kulturland schwankt zwischen 3, 4 und 10 Cents pro Quadratmeter. Auf weitere Anfrage erwidert Staatssekretär Tirpitz, daß bis jetzt 8 Todesfälle unter der europäischen Bevölkerung vorgekommen seien, davon 2 an Malaria, 2 an Ruhr. Nach Ansicht kompetenter Aerzte dürfte nach Einführung der erforderlichen hygienischen Anlagen Kantschou der gesündeste Ort an der ganzen chinesischen Küste werden. Von Depressionen sei absolut nichts bekannt geworden. Referent Dr. Lieber empfiehlt zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonie möglichst freie Entwicklung der staatlichen Organe. Man solle die Weidastkapitalien frei lassen, der Eisenbahnbau hänge davon ab, ob sich ertragreiche mineralogische Gebiete erschließen. Man hoffe Kohlenfelder zu finden. Bei Ertheilung der Konzessionen sei mit Vorsicht das Reichsinteresse zu wahren. Staatssekretär Tirpitz bestätigt, daß ihm günstige Nachrichten über Kohlenfunde in Kantschou zugegangen seien. Graf Arnim wünscht, daß sich das Reich seinen Antheil bei dem zu erwartenden Reizen der Eisenbahn sichere. Abg. Weber ist der Ansicht, daß die Chinesen sich bald als tüchtige Arbeiter bewähren und man deutsche Arbeiter in Kantschou nicht mehr brauchen würde. Er fragt an: ob die Konzession zum Eisenbahnbau dort bereits erteilt sei. Auf Begünstigungen an das Reich für die Kohlenlieferungen an die Marine würden sich Kapitalisten wohl nicht einlassen. Redner rät die Bauwirtschaft zu wahren. Man müsse doch einmal erfahren, was die ganze Anlage von Kantschou koste. Staatssekretär Tirpitz erwidert, daß Verhandlungen mit Syndikaten Schweden wegen Eisenbahnbauten, ein Abschluß sei noch nicht erfolgt. Im nächsten Jahre hoffe er einen richtigen Etat für Kantschou vorlegen zu können. Hinsichtlich der Hofbauten werden zunächst kleinere Anlagen geplant, doch müsse dafür gesorgt sein, im Falle größerer Entwicklung der Kolonie größere Anlagen anschließen zu können. Abg. Müller (nat.) meint, die Arbeiterfrage in China brauche um keine Sorge zu machen. An chinesischen Arbeitern werde es nicht fehlen. Er warne vor zu großen Mißtrauen gegen das Kapital, das in Kantschou arbeiten soll. Von erfahrenen Leuten habe er gehört, daß die dortige Kohle von bester Qualität sei. Abg. Freie (fr. Bg.) pflichtet dem Vorredner bei. Er freue sich, daß das Kapital sich in Kantschou bethätige, man dürfe es aber nicht durch zu frühe Steuerpläne verschrecken.

Der Etat wird darauf genehmigt und Dr. Lieber zum Referenten für das Plenum bestellt.

Vorgen steht der Etat des Reichs-Eisenbahnamts zur Berathung, auf welchen unmittelbar der Militär-Etat folgen soll.

Parlamentarisches.

Die dem Bundesrath vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung nimmt zunächst, wie wir erfahren, eine Kontrolle der Gesubvermittler und Stellenvermittler in Aussicht. Der Betrieb dieses Gewerbes soll von besonderer polizeilicher Konzeption abhängig gemacht werden. Ferner schlägt die Novelle neue Bestimmungen vor über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln, sowie über die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiter und jugendliche Arbeiterinnen, namentlich im Konfektionsbetriebe. Sodann werden eingehende Vorschriften vorgeschlagen über die Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Läden. Schließlich enthält die Gewerbeordnung-Novelle eine Ergänzung der Bestimmungen über das Verfahren bei Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen und Erweiterung der Zahl der vom Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeschlossenen Gegenstände.

Das neue Bankgesetz ist in der heutigen Sitzung des Bundesraths nach den Vorschlägen der Ausschüsse, denen die Vorlage zur Prüfung überwiesen war, angenommen worden und soll unverzüglich dem Reichstag zugehen.

Nicht weniger als 3619 Petitionen sind bis jetzt beim Reichstage eingegangen. Außer den bereits ihrem Inhalt nach bekannt gegebenen weist das freies erschienene amtliche Verzeichniß eine große Zahl von Eingaben nach, die ein öffentliches Interesse beanspruchen. Wieder kommen die Magistratsverordnungen mit der Bitte um Erlass eines Gesetzes über die Heranziehung des Reichsfinstus zu den Gemeindefinzen, wieder petitioniren Nählgewerbetreibende um ein Gesetz gegen die Trunksucht. Neu ist dagegen das Gesuch von Ärzten aus Frankfurt a. M. um Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Staatsbürger mit einem Einkommen bis zu 2000 M. Der Magistrat von Dresden bittet um Abänderung des Solvereinigungs-Vertrages

hinsichtlich der kommunalen Besteuerung des Weines, Bieres und Branntweins. Apotheker, Droguisten und Zahnärzter wünschen reichsgesetzliche Regelung ihrer Gewerbeverhältnisse. Droglentlütiger in Leipzig verlangen für ihre Berufsgenossen einen regelmäßigen wöchentlichen Ruhezeit, die Schiffer plädiren für eine Maximal-Ruhezeit in ihrem Gewerbe. Die Frauvereine fordern die Approbation weiblicher Aerzte, der Norddeutsche Gastwirthsverband will das Inventar der Gastwirthschaften in der Zivilprozess-Ordnung für unpfändbar erklärt wissen. Wieder begegnen wir dem Gesuch um Zoll auf Quebrachoholz, aber auch die Einfuhr von Weiskohl, von Zwiebeln, Gemüse und Heu soll durch einen Zoll bekämpft werden. Die Rechtskonsulenten wollen eine gesetzliche Gebührenordnung, die freien Gemeinden eine für Dissidenten geeignete Eidesformel eingeführt wissen. Der Zimmungsverband der deutschen Baugewerksmeister will für fabriklässige Züchtung oder Körperverletzung neben Gefängnißstrafe auch Festungshaft zugelassen haben. Außerdem tritt der Verband für Verstaatlichung des gesamten privaten Feuerversicherungswesens ein. Sehr zahlreich sind die Petitionen, welche die Fleischzufuhr betreffen, doch bei weitem am zahlreichsten die Gesuche um Anbahnung von Maßregeln gegen den Massenfang der Zugvögel in Sibirien und Italien. Die verschiedenen Vorschläge liegen bereits vor für das im Reichstag erwartete Invalidenversicherungs-Gesetz, für die Postgesetz-Novelle, auch den Gesuchen verschiedener Beamtenkategorien um Gehaltserhöhung begehen wir nach wie vor. Schließlich fehlen auch nicht die Petitionen um Reform des Irrenwesens und die Beschwerden Einzelner wegen angeblicher Rechtsverletzungen und Rechtsverweigerungen, sowie die Bitten um Aufhebung von Entmündigungen.

Goethe-Denkmal. Im Reichstage hat zur weiteren Berathung des Etats Prinz Schönaich-Carolath den Antrag gestellt, den Reichstagler zu eruchen, zur Errichtung eines Goethe-Denkmal's in Strahburg einen Beitrag von 60 000 M. in Form eines Nachtragsetats gewähren zu wollen.

Der Gesuchentwurf betreffend die Abänderung des Kommunalwahlrechts soll erst dem Herrenhause zugehen, aber bis zu seiner Einbringung dürfte noch einige Zeit verstreichen.

Konfistorialordnung von 1573. Den Antrag, betreffend die Aufhebung der alten Konfistorialordnung von 1573 hat der Abg. Langemann im Abgeordnetenhaus in dieser Session wieder eingebracht. Auf Grund der alten Bestimmung soll befallmlich Berlin zur unentgeltlichen Hergabe von Bauland zur Errichtung von Kirchen verpflichtet werden.

Akustik im Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus wird die stimmungsfreie Zeit dazu ausgenutzt, den Mängeln der Akustik abzuhelfen, die sich in der ersten Sitzung herausgestellt haben. Die Vorkleiter hatten durch Zusammenhäufung aller auf dem umfassenden Bauplatz beschäftigten Arbeiter in dem Sitzungssaale vorher eine Probe veranstaltet, die zu völliger Zufriedenheit ausgefallen sein sollte. Aus diesem Grunde neigt Geheimrath Schulz, der Erbauer des Hauses, z. B. noch zu der Annahme, daß an der mangelhaften Verständlichkeit der Ausführungen des Finanzministers besondere Umstände die Schuld tragen, die daraus entspringen, daß es der erste Sitzungstag der Tagung in einem neu bezogenen Hause war. Die Vorkehrungen zur Abhilfe bestehen lediglich in einer Ueberklebung der Wände mit rauchem Stoff von grauer Farbe; auch das bereits vorhandene Marinebild wird verhängt. In den Kreisen der Abgeordneten glaubt man vielfach, die mangelhafte Akustik sei dadurch hervorgerufen, daß über dem eigentlichen Saaleaum, in den der Redner hineinspricht, noch ein mehr als doppelt so großer Raum liegt, der selbstständig Schallwellen entwickelt und die des unteren Raumes beeinflusst. Außerdem glaubt man die Beobachtung gemacht zu haben, daß selbst bei völliger Ruhe dauernd ein starkes jurrendes Geräusch zu hören ist, das von einem vielleicht etwas zu starken Gange der Ventilation herrührt.

Partei-Nachrichten.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

Der Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Genosse Huth, wurde vom Landgericht in Brandenburg a. H. wegen Verleumdung des Gerichtsassessors Hirschberg zu einer sechs wöchigen Freiheitsstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte ebenfalls Monate beantragt. Der Assessor Hirschberg war Vorsitzender des Schöffengerichts, das über den Streikposten-Prozess verhandelt hat. Die „Brandenburger Zeitung“ besprach das Urtheil und soll dabei den genannten Richter beleidigt haben.

Aus Magdeburg. Reichstagsabgeordneter Albert Schmidt hat am Dienstag an den Ersten Staatsanwalt die schriftliche Begründung seines Gesuchs abgegeben, wonach wegen Veröffentlichung des Artikels: „Wie die Alten sungen“ das Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden soll. Die Verurtheilung des Redakteurs Müller und die Selbstbegünstigung Schmidts ist in Magdeburg Tagesgespräch. Ueber den Ausgang der Sache ist, wie die „Volksstimme“ mittheilt, die Meinung getheilt. Es wird angenommen, daß die Verurtheilung Müller's nicht aufgeschoben werden wird, Schmidt sich also nutzlos geopfert hat. Man schließt dies aus dem Vorgehen der Behörde, den Verfasser des inkriminirten Artikels zu ermitteln. Andererseits hegt man die bestimmte Erwartung, daß das freimüthige Geständniß Schmidts den verurtheilten Müller vollkommen entlasten und Schmidt nicht so hoch bestraft werden wird, da, wie er nachweisen kann, der Artikel gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war und seine Veröffentlichung nur auf eine Fahrlässigkeit zurückzuführen ist.

Die beschlagnahmten Geschäftsbücher der „Volksstimme“ werden am kommenden Sonnabend auf dem Sekretariat der königlichen Staatsanwaltschaft einstellig. Dem Geschäftsführer ist anheimgegeben, diesem Akte beizumohnen.

Eingeklagt wurde von der Staatsanwaltschaft in Stettin ein Verfahren, das gegen den Redakteur des „Stettiner Volksboten“, Genossen Frik Herbert, wegen angeblicher Verleumdung eines Lehrers anhängig gemacht war. Damit ist das Jahr 1898 für den „Volksboten“ ehrenvollerweise ohne gerichtliche Opfer verlaufen, was seit den ersten anderthalb Jahren seines Bestehens noch nicht zu verzeichnen war. Im Jahre 1897 hatte er zwar auch keinen Prozeß, doch mußte eine aus dem Jahre 1896 datirende dreiwöchige Gefängnißstrafe verbüßt werden. Bis dahin hatte das Stettiner Parteiorgan seit der aufgelösten Wählerversammlung vom 7. Februar 1887, die den Belagerungszustand nach sich zog, fortwährend mit Prozessen zu kämpfen.

Wie Herr August Scherl berichtet!

Herr August Scherl befaßt in einer uns zugegangenen preßgesetzlichen Verächtigung die in unserem Artikel gemachten Angaben über die unerhörte Behandlung organisirter Arbeiter voll und ganz. Warum wir die Zuschrift erhielten, ist uns deshalb nicht recht erklärlich, da wir selbst davon überzeugt waren, daß wir gut unterrichtet wurden. Einige Stellen aus dieser Verächtigung sind aber so bezeichnend für die Auffassung des pfiffigen Reklame-mannes, daß wir sie im Auszuge wiedergeben. Es heißt in der Verächtigung:

Es ist unrichtig, daß bei mir beschäftigte Arbeiter keiner Organisation angehören dürfen. Das Gegentheil geht jetzt schon daraus hervor, daß die Arbeitnehmer meiner Offizin Mitglieder der verschiedenartigsten Verbände und Vereine sind, zum Beispiel zahlreiche Schriftsetzer dem Gutsenberg-Wunde angehören. Nur bezüglich desselben nicht einzustellen, da der Verband sich mir und dem Berliner Lokal-Anzeiger wiederholt als feindselig (!!!) bewiesen, überdies die ihm nicht angehörende Schriftsetzer meiner Offizin an der Arbeitsstätte selbst befehdet hat.

Wie weit diese Angaben auf Wahrheit beruhen, erhellt daraus, daß seit Jahren bei Herrn Scherl Mitglieder des Verbandes der Buchdrucker arbeiten, ohne daß je eine Störung deshalb vorgekommen wäre. Erst als jetzt Herr Scherl erfuhr, daß sein Befehl diesen Verbände darf kein Schriftsetzer angehören, umgangen war, entließ er sofort die Angeestellten. Es ist also nur der Unternehmerrücksel, der bei dem Verfasser des „Lokal-Anzeiger“ eine Erklärung für sein Verhalten abgeben kann.

Herr Scherl verjagt weiter die Entlassung der 24 Schriftsetzer mit allgemeinen Redensarten zu rechtfertigen. Aber worauf es ihm auch hierbei im Wesentlichen ankommt, mag folgende Stelle der Verächtigung kund thun:

Überdies waren diese 24 Schriftsetzer Mitglieder des Verbandes und hatten somit hierdurch der von ihnen bei ihrer Einstellung in meiner Offizin übernommenen schriftlichen Versicherung, dem Verband nicht anzugehören und während der Beschäftigung in meiner Offizin nicht beizutreten, entgegengehandelt. Durch diesen Wortbruch, der mich zur sofortigen Entlassung ohne Auszahlung des Lohnes für die Abdingungsfrist berechtigt hätte, haben sich die 24 Schriftsetzer auch event. rechtswidrige vorläufige Vortheile verschafft, insofern, als ich, um die Schriftsetzer meiner Offizin nicht schlechter zu stellen, als die Verbändler sich sehen, denselben Zuschuß zum Krankengeld zahlte, wie der Verband.

Dies der zur Sache gehörige Theil der „Lokal-Anzeiger-Verächtigung“. Wahrscheinlich ähnliche Zustände. In der Reichshauptstadt darf ein Druckerbesitzer es wagen, 20 000 organisierte Arbeiter — des „sogenannten“ Verbandes, so lautet die Redensart des Herrn Scherl, gemeint ist der Verband der deutschen Buchdrucker — auf den Index zu setzen. Aber nicht nur die Handlungsweise selbst wirkt freisperrnd; die Thatsache, daß der Vollzieher der Arbeiternebelung in der Reichshauptstadt sich zu einer Verächtigung herbeilassen darf, in der er die von ihm beliebte Methode, Arbeiter aus ihrer Organisation zu weichen, öffentlich rechtfertigt, zeigt, wie es mit der „Koalitionsfreiheit“ in dem bürgerlich unpolitischen Blatte ausfällt. Hinter diesem unpolitischen Blatte verbirgt sich brutale Unternehmervillkür.

Ueber den Zustand ist noch zu berichten, daß Herr Dr. Sandstein, der juristische Beirath des Herrn August Scherl, der Kommission der Seher gegenüber erklärte: die 24 Seher seien deswegen entlassen worden, weil sie Herrn August Scherl in ihrer Zusammenkunft am Sonntag, den 4. Januar, im Restaurant Lorenz, Markgrafstr. 83, beleidigt hätten und andererseits eine „Bewegung“ planten. Als die Kommission ihm eindringlich ersuchte, den Namen desjenigen zu nennen, der ihm diese Mittheilung habe zugehen lassen, erwiderte Herr Dr. Sandstein, die Kellner des Lokals! Eine eingehende Rücksprache mit den Kellnern in Lokale des Wirths ergab, daß diese Angabe nicht den Thatsachen entsprechen könne, denn die Kellner verfügten auf Ehrenwort, daß sie nie man danach gefragt habe und daß sie auch von der ganzen Verhandlung nichts wüßten. Wer spricht nun die Unwahrheit? — Da die Seher nicht gefommen sind, sich so ohne weiteres beschuldigen zu lassen, so werden sie Herrn Dr. Sandstein an anderer Stelle Gelegenheit geben, den Beweis für seine Behauptungen beizubringen. — Zum Anstand selbst sei bemerkt, daß es nur noch wenige Buchdrucker in Berlin giebt, die noch keine Karte vom Faktor Wolten bekommen haben mit dem Aufdruck: „Kommen Sie gefälligst behufs Rücksprache sofort!“ — Das bisher einige „Wilde“ und „Gutenbergschänder“ auf diesen Leim gegangen sind, ja sogar ihre bisherigen Konditionen verlassen haben, um im „Lokal-Anzeiger“ anzufangen, nimmt uns nichts. Tariftreue, organisierte und auf Ansehen haltende Gehilfen meiden diese Stätte so lange, bis den ausstehenden Gehilfen Gemüthung gegeben ist.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Krefelder Weber. Am Montag hielten die Streikenden eine überaus stark besuchte Versammlung ab, in der von allen Rednern in Uebereinstimmung die Situation der Streikenden als günstig geschildert wurde. Die Stimmung der Streikenden war eine begeisterte. Die Debatte drehte sich mehr um eine unrichtige Darstellung eines Redners im christlichen Verband. Zum Schluß machte Bär bekannt, daß die Weber der Firma vom Brud Söhne in Rheydt sich mit den hiesigen Arbeitern der nämlichen Firma solidarisch erklären würden. Außerdem erläuterte er noch die Haltung des Streikkomitees den Arbeitern der Hilfsindustrie gegenüber. Dieselben würden jetzt auch entlassen werden. (Ist schon in einigen Sammelheerzügen geschehen. D. V.) Diese Leute zu unterstützen, wäre unmöglich, die Fabrikanten hätten den Streik verschuldet. Deshalb wäre er dafür, daß man diese Leute an die Armenverwaltung verweise. Die Armenverwaltung könnte sich dann bei den Fabrikanten für diese Verweigerung bedanken. Vom menschlichen Standpunkt wäre er auch für Unterstützung der Hilfsarbeiter, aber dies ließe sich nicht durchführen.

In den nächsten Tagen dürfte die Zahl der Streikenden fortgesetzt vermehrt werden, da die Fabrikanten die Hilfsarbeiter geländigt haben.

Die ungenügende Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten wird von der Raumann'schen Hilfe kritisiert. Das Blatt schreibt darüber: „Einigenmaßen günstig stehen noch die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaftsbeamten da. Dort beziehen die Beamten in der Regel nicht nur auskömmliche Gehälter, sondern man diskutiert auch jetzt schon über ihre Pensionsberechtigung. Man diskutiert aber sie, aber man hat sie noch nicht. Schlimmer steht es mit den Beamten der Gewerkschaften. Ihr Gehalt kann wohl durchgehends als vollligentliches Äquivalent für ihren Arbeitsaufwand nicht angesehen werden. Er bewegt sich in der Regel zwischen 1800 und 2000 M. jährlich. Bedenkt man, daß diese Summe für Großstädte wie Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. zc. läßtlich ist und daß die Anforderungen an die Arbeitskraft der Beamten so hochgehend sind, daß keinerlei Nebenverdienst mehr möglich ist, so wird man solche Entlohnung keineswegs für ausreichend halten. Solche Verhältnisse sind aber nicht nur unwidrig, sie sind auch im höchsten Grade unpraktisch. Intelligente Arbeiter werden gar oft ihre Arbeitskraft lieber in ihrem Beruf verwerten, als an die Berufsorganisationen verkaufen. Dort verdienen sie nicht nur mehr Geld, sondern sie sind auch unabhängiger als hier, wo sie nur zu oft unter den unbilligen Ansprüchen ihrer Vereinsgenossen zu leiden haben. So kommt es, daß so viele mittelmäßig Veranlagte in Beamtenstellen sind, wo sie natürlich auch nur mittelmäßige Leistungen aufweisen können. Dieser Krebsknoten macht sich wohl am stärksten bei den „christlichen“ Arbeitervereinigungen geltend. Dort ist es ganz durcheinander, daß alle Vereinsarbeit ehrenamtlich gethan wird und höchstens Vorausslagen vergütet oder kleine Remunerationen“ gegeben werden. Natürlich leidet die peinliche Korrektheit, die nun einmal alle wirksame Vereinsbätigkeit erfordert, auf Schlimmste unter diesen unbilligen Zuständen. Darum sollten alle unabhängigen Freunde einer künftigen Entfaltung unserer deutschen Arbeiterbewegung immer wieder auf diesen wunden Punkt aufmerksam machen und an ihrem Theil mittheilen, daß die deutschen Arbeiter aus ihrer Fennigtrauerlei den eigenen Beamten gegenüber herausstamen, so verständlich natürlich diese falsche Sparianleiht sonst auch sein mag.“ — Was sagen zu Vorstehendem jene „ordnungsparteilichen“ Mätr, die ihren Lesern von Zeit zu Zeit von den Genüssen zu erzählen wissen, in denen die „Arbeiterführer“ durch die „Arbeitergroßen“, jägwelgen?

Die Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) haben an den Reichstag eine Petition gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

Der Hohe Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Reichstage baldigst eine Novelle zu dem Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vom 20. Juli 1890 vorzulegen, durch welche 1. Gewerbegerichte für alle Gemeinden bezw. Bezirke mit entwidertem Gewerbebetrieb obligatorisch eingeführt werden;

2. das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu den Gewerbegerichten auf die weiblichen Arbeitgeber und Arbeiter erstreckt werden; 3. die Gewerbegerichte verpflichtet werden, auf Anrufung auch nur eines Theiles als Einigungsamt thätig zu sein, und das Recht erhalten, auch ohne Anrufung Schritte zur Verhütung oder Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten zu thun.

Die Petition unterscheidet sich von einem dieselbe Materie behandelnden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion dadurch, daß dieser das Wahlrecht und die Wählbarkeit für beide Geschlechter mit Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres eintreten lassen will, während jene nur verlangt, daß auch die Frauen aktives und passives Wahlrecht erhalten. Die Erweiterung der Befugnisse der Gewerbegerichte als Einigungsamt ist in dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nicht enthalten, weil in den Kreisen der Arbeiter selbst die Meinung über eine solche Erweiterung der Nachbefugnisse des Gewerbegerichts sehr getheilt ist. Dagegen verlangt der sozialdemokratische Antrag eine wichtige Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Er will, daß alle Streitigkeiten, die aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis entspringen, auch die im Bergbau, in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, im Handel und Verkehr und Dienstverträgen ohne Ausnahme der Rechtsprechung des Gewerbegerichts unterworfen werden.

Der Streik in der Zuckerraffinerie in Halle hat nachträglich einen größeren Umfang angenommen. Den 15. Ausständigen folgten die übrigen Arbeiter, so daß sich gegenwärtig 50 Arbeiter im Ausstand befinden. Am Montag verhandelte der Fabrikant mit einer Kommission der Arbeiter. Die Streitigkeiten waren beseitigt gewesen, wenn nicht der Fabrikant die Bedingung gestellt hätte, daß die 15 Arbeiter, die zunächst in den Ausstand traten, ausgesperrt bleiben. Der Streik wird in den nächsten Tagen an Ausdehnung gewinnen, da die Arbeiter der Sieberei sich dem Ausstand anschließen werden. Die Differenzen sind wegen der Lohnabzüge entstanden.

Ausland.

Aus der Schweiz. In Basel stehen die Raminfegergehilfen in einer Lohnbewegung mit folgenden Forderungen: Tagelohn von 5 Fr. und Abschaffung von Kost und Logis bei den Reisern, 70 Cts. Stundenlohn bei Nach- und 1 Fr. bei Sonntagsarbeit. — Der Streik der Schuhmacher (Wieder) in Kreuzlingen ist infolge der Gefälligkeit von Streikbrechern verloren gegangen. — In Bellinzona ist eine Gewerkschaft der Werkstätten-Arbeiter der Gotthardbahn gegründet worden, der sich sofort 470 als Mitglieder anschlossen.

Literarisches.

Neues Parteiorgan in Frankreich. Die erste Nummer der neuen sozialistischen Revue: „Mouvement Social“ (Soziale Bewegung) ist jetzt erschienen. Sie ist von einer Gruppe junger Sozialisten gegründet, die sich nicht in das Prokrustesbett der alten Schul- und Sektenweisheit haben einzwängen lassen und nur eine Sozialdemokratie und nur einen Sozialismus kennen. Sie haben Fühlung mit allen vorhandenen Gruppen, haben die Unterstützung von Männern aller Gruppen, und haben das Programm: die Einheit der französischen Sozialdemokratie herbeizuführen. Die erste Nummer entspricht unseren höchsten Erwartungen. Wir wünschen dem Unternehmen, das unter sehr günstigen Auspicien beginnt, bestes Gedeihen und vollen Erfolg!

Soziales.

Der Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik hat nebst mehreren seiner Unterausschüsse am 2. und 3. Januar in Berlin getagt. Ueber die Verhandlungen berichtet die „Soziale Praxis“: Es wurde festgestellt, daß von den im Gange befindlichen Arbeiten des Vereins 1. die Bände 3, 4 und 6 über das Hausirergewerbe bis 1. April, die Bände 5 und 7 bis 1. August; 2. die Bände über die Hausindustrie ebenfalls bis dahin fertig werden, während die Untersuchungen über die deutschen Wasserstraßen nicht vor etwa zwei Jahren gelieft werden können, diejenigen über die Arbeiter der Verkehrsgewerbe zunächst wegen der ablehnenden Haltung der preussischen Eisenbahnbehörde vertagt wurden.

Die Generalversammlung des Vereins soll Ende September in Breslau mit folgender Tagesordnung abgehalten werden: 1. Die Hausindustrie, ihre gegenwärtige Lage und die Schutzgebung für ihre Arbeiter; 2. das Hausirergewerbe und die Entwicklungstendenzen im Kleinhandel (Wagere, Konsumvereine u. s. w.), wobei über die zwei Glieder dieses Themas je gesondert für sich verhandelt werden soll. Die Referenten sind noch nicht definitiv bestimmt.

Für eine künftige Verhandlung, betr. die Wohnungsfrage, wurde beschlossen, in einem Sammelband das gesammte vorhandene Material durch eine Reihe von Referenten kurz und zusammenfassend behandeln zu lassen.

Die Jahresberichte der städtischen Arbeitsämter von München und Stuttgart liegen vor. Beide Arbeitsämter hatten eine bedeutende Vermehrung des Zuspruchs zu verzeichnen. Wir registriren hier die hauptsächlichsten Daten.

Arbeitsamt München.

Stellenangebote an		Stellengesuche von		Stellenbesetzungen	
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
23 898	15 598	86 151	18 848	20 439	11 897
gegen das Jahr 1897 mit:					
20 572	13 880	25 540	15 462	18 186	10 669
mehr:					
2 821	1 718	10 611	3 381	2 253	1 228

Arbeitsamt Stuttgart.

Stellenangebote		Stellengesuche		Stellenbesetzungen	
männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
18 293	6 329	21 843	4 169	13 602	3 809
gegen das Jahr 1897 mit:					
16 058	6 092	19 559	3 825	12 041	2 925
mehr:					
2 180	277	1 784	344	1 561	354

Von den Kapitalen der preussischen Sparkassen waren im Rechnungsjahre 1897 (bezieht sich 1897/98) 78,14 Millionen Mark baar in Kasse und 6208,89 Millionen zinsbar angelegt, und zwar: in Hypotheken und ländlichen . . . 1568,50 Mill. M. = 30,11 pCt., Grundschulden ländlichen . . . 1824,88 . . . = 28,43 pCt., Inhaberpapieren . . . 1583,77 . . . = 20,45 pCt., Schuldsemen ohne Bürgschaft . . . 0,95 . . . = 0,19 pCt., Wechseln . . . 154,89 . . . = 2,07 pCt., gegen Faustpfand . . . 77,08 . . . = 1,48 pCt., bei öffentlichen Instituten und Korporationen . . . 69,98 . . . = 1,34 pCt., in sonstigen Anlagen . . . 488,77 . . . = 8,42 pCt., im sonstigen Anlagen . . . 81,07 . . . = 0,60 pCt.

Verhältnismäßig am höchsten war der Bestand an Inhaberpapieren in Berlin mit 71,21 pCt. der zinsbar angelegten Kapitalien, am niedrigsten in Schleswig-Holstein mit 8,61 pCt. Die Anlage in städtischen Grundschulden hält sich zwischen 40,77 pCt. in Hessen-Rassau und 5,78 pCt. in Hohenzollern. Der Anteil der ländlichen Hypotheken und Grundschulden ist am höchsten in Hohenzollern mit 61,21, am niedrigsten in Ostpreußen mit 13,91 pCt. Dabei wird von Berlin abgesehen, wo sie ganz fehlen. In sämtlichen übrigen Provinzen erreicht die Anlage in ländlichen Grundschulden nicht den Staatsdurchschnitt von 26,43 pCt.; in den westlichen, außer in Hessen-Rassau und Rheinland, übertrifft sie ihn. Betreffs der Bedeutung, die die Sparkassengelder in den einzelnen Provinzen für die Verdrängung des ländlichen Kreditbedarfs haben, kommt es in erster Linie auf das Verhältnis der Verleiher zum Werte der Grundstücke an.

Es betragen zu Ende des Jahres 1897 beziehentlich 1897/98:

in	die ländlichen Hypotheken und Grundschulden in Millionen	der Grundsteuer-Heinertrag auf dem Lande in Millionen	Grundsteuer-Heinertrag in Millionen
Ostpreußen	13,83	24,71	0,56
Posen	21,10	22,33	0,95
Westpreußen	10,69	18,37	1,07
Schlesien	82,86	58,40	1,55
Brandenburg	65,51	34,57	1,90
Pommern	58,24	26,05	2,19
Hessen-Rassau	45,50	20,81	2,19
Rheinland	113,43	47,19	2,40
Sachsen	188,68	49,42	3,82
Hannover	230,26	46,49	5,15
Schleswig-Holstein	201,39	36,39	5,53
Westfalen	265,77	26,91	9,87
im Staat außer Hohenzollern	1815,15	407,24	3,23

Während in Ostpreußen die ländlichen Hypotheken und Grundschulden nur wenig über die Hälfte des Grundsteuer-Heinertrages ausmachen, in Posen und Westpreußen ihm ungefähr gleichkommen, sind sie in Westfalen mehr denn neunmal so hoch als dieser, sodas die Verleiher in Westfalen über siebenfach so hoch als in Ostpreußen ist. Bis auf Hessen-Rassau, welches mit Pommern übereinstimmt, ist die Verleiher in den west- und nordwestlichen Provinzen durchweg höher als in den ostelbischen.

Von sämtlichen Zinsanlagen haben die Sparkassen 46,78 Millionen Mark oder 0,90 pCt. Ueberflüsse erzielt. Diesen Einnahmen stehen 8,75 Millionen Mark Verwaltungskosten gegenüber.

Gerichts-Beilage.

Prozess Zeglin und Genossen.

Vor dem Schwurgericht am Landgericht II sollte am Donnerstag ein Landfriedensbruchs-Prozess verhandelt werden, dessen Wurzeln in dem Kampfe der Arbeiter um die Wahrung ihrer berechtigten Interessen zu suchen sind. Auf der Anklagebank standen die acht Maurer Zeglin, Bodruff, Kahlblod, Gasse, Lenger, Jähner, Penzer und Freisch, vertreten durch die Rechtsanwältin Wolfgang Heine, Kay und Herzfeld. Die Angeklagten Zeglin, Kahlblod, Lenger und Jähner befanden sich seit Oktober 1898 in Untersuchungshaft, während seit der infrimierten That schon fünfviertel Jahr verlossen sind. Es handelte sich um einen Vorfall, welcher sich am 5. Oktober 1897 vor einem Neubau des Maurermeisters Streckenbach in der Nähe des Kurfürstendamms zutrug. Der Maurermeister J. Streckenbach führte im Oktober v. J. zu gleicher Zeit drei Neubauten auf Charlottenburger Gebiet am Kurfürstendamm auf. Mit den Leistungen der Maurer auf dem einen Neubau war Herr Streckenbach unzufrieden und zwar sollen, wie behauptet wird, diese geringeren Leistungen darauf zurückzuführen gewesen sein, daß nach einem Beschlusse der Lohnkommission kein Maurer im Tagelohn mehr als fünfshundert Steine vermannen solle. Herr Streckenbach drohte mit Entlassung der Maurer, falls sie sich nicht ärger ausmützen lassen wollten. Er trat dann mit der Streikbrecher-Organisation, dem Verein arbeitswilliger Maurer, in Verbindung, und unter diesen Herren fand sich denn auch ein Kolonnenführer mit 22 Arbeitern, die in Arbeit und am 5. Oktober die Arbeit beginnen sollten. Am 2. Oktober wurden etwa 50 Maurer entlassen. Darauf wurde die Lohnkommission bei ihm vorstellig und erklärte, daß sämtliche entlassenen Maurer sofort wieder beschäftigt werden sollten, widrigenfalls auch die Maurer auf den anderen Bauten die Arbeit einstellen würden. Eine Einigung kam nicht zu stande und deshalb legten thatsächlich sämtliche Maurer die Arbeit nieder. Als nun die neu engagierten Arbeiter auf dem Bau antraten, soll es zu einer förmlichen Schlacht gekommen sein. Am Mittag wiederholte sich der Streit. Der Maurer Zeglin soll den Maurer Giese von der Partei der Altkorbarbeiter gemißhandelt haben und daraus entwickelte sich eine große Prügelei, die von der Staatsanwaltschaft wie auch später von der Verleschungskammer als Landfriedensbruch qualifiziert wurde. Es waren nämlich, da es gerade in der Mittagszeit war, zahlreiche Arbeiter aus näherer und weiterer Entfernung herbeigeeilt und so hatte sich eine große Menschenmenge gesammelt. Am nächsten Tage hat sich das Schauspiel noch einmal wiederholt. Aus diesen Vorgängen heraus ist die Anklage entstanden. Zur Verhandlung kam es aber nicht, denn noch bevor die Geschworenenbank gebildet wurde, theilte der Vorsitzende mit, daß die Verteidiger Anträge gestellt hätten, außer den 50 Zeugen, die bereits geladen seien, noch eine ganze Reihe Zeugen zu laden. Da diese Anträge erst am 15., 16. und 17. gestellt worden seien, habe er die Ladung nicht mehr verfügen können, zumal er die Akten selbst erst gestern Abend zu Gesicht bekommen habe. Wenn also die Verteidiger auf die Zeugen nicht verzichten wollten, dann müsse die Verhandlung vertagt werden. Gegen den Vorturf des Präsidenten und des Staatsanwaltes, daß der heutige Termin bereits seit vier Wochen angelegt, die Ladung der Zeugen aber doch bis zur letzten Stunde verzögert worden sei, verwahrten sich die Zeugen damit, daß es auch ihnen erst in den letzten Tagen möglich geworden sei, Einigkeit in die Akten zu verlangen. Sie schlugen aber vor, in die Verhandlung einzutreten und gleichzeitig zu versuchen, die Zeugen durch Voten heranzuholen. Daraus ließ sich der Vorsitzende nicht ein, der darauf bestand, entweder definitiv auf die Ladung der neuen Zeugen zu verzichten oder zu verlangen. In den Verzicht mochten aber selbst die beteiligten Angeklagten, die sich unschuldig fühlen und dies beweisen wollen, nicht willigen, selbst auf die Gefahr hin, bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode, die erst im März stattfindet, in Untersuchungshaft bleiben zu müssen. Die Verteidiger beantragten nun wenigstens die Postenlassung, da die Angeklagten von der Zeit ab, in welcher die Gefährlichkeit der Sache erkannt war, noch einen Monat auf freiem Fuß gelassen seien und sich doch nicht dem Gericht entzogen hätten. Der Gerichtshof erlaubte dann auch nach längerer Beratung auf Vertagung, hob aber gleichzeitig sämtliche Haftbefehle auf, weil nach Lage der Sache weder Kollisionsgefahr noch Fluchtverdacht vorliege.

Der tapfere Schuhmann Votel. Wegen Verleumdung, vorläufiger Sachbeschädigung und Körperverletzung, sowie wegen Bedrohung mit einem Verbrechen hatte sich am Donnerstag der frühere Sergeant Votel, welcher im vorigen Jahre bei der Berliner Schuhmannschaft probeweise angestellt war, vor der genannten Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte gestand, zur Zeit als er aktiver Schuhmann war, in der Nacht zum 20. Juli v. J. und zwar in Zivilkleidung die Reanderstraße. Da hörte er, daß eine Prostituirte auf der Straße laut schimpfte; er gebot ihr Ruhe und drohte mit Eisirung. Das Mädchen verlangte, daß Votel sich als Beamter ausweise. Andere Personen, die nun sahen, wie der Mann in Zivilkleidung das Mädchen festhielt, traten hinzu und forderten ihn gleichfalls auf, sich, wenn er Beamter sei, als solcher auszuweisen. Votel kam diesem Verlangen nicht nach, er bezeichnete vielmehr einen der Männer aus dem Publikum, den Guttmacher Wagner, als „Ludewig“, „Schlump“, „Strolch“, und meinte, dieser wäre wohl der Inhaber des Mädchens. Hierdurch schloß sich Wagner beleidigt, er forderte nunmehr den angeblichen Beamten auf, ihm behufs Feststellung seiner Persönlichkeit zur Revidierung zu folgen. Votel ließ darauf den Wagner zurück und versuchte, zu entfliehen. Wagner aber, der seinen Verleuder nicht unerkannt entkommen lassen wollte, ließ in Gesellschaft einiger Begleiter hinter Votel her und versuchte, ihn aufzuhalten. Da drehte sich Votel um, und führte einen Schlag mit seinem Spazierstock nach Wagner, so daß dessen Gut beschädigt wurde und Wagner zu Boden stürzte. Votel ließ nun eiligen Schrittes davon; er ver-

suchte mehrfach, sich in Häusern zu verstecken, fand aber die Thüren verschlossen und infolge dieses Aufenthalts war es den Verfolgern möglich, den Votel schließlich doch zu erreichen. Als er wieder aufgefordert wurde, zur Wache mitzukommen, zog er einen Revolver, hielt ihn dem Wagner entgegen mit den Worten: „Geben Sie zurück oder ich schieße.“ Das Publikum ließ sich aber durch diese Drohung nicht einschüchtern; Votel steckte den Revolver ein und wurde nun nach der Wache gebracht. Beim Eintritt in das Wachlokal rief Votel dem diensthabenden Beamten sogleich entgegen: „Herr Kollege, sagen Sie doch diesen Kerls, wer ich bin.“ — Soweit der Sachverhalt nach Angabe einiger an dem Vorfall unmittelbar beteiligter Zeugen. Einem unbetheiligten Beobachter des Herganges, der als Zeuge mit zur Wache gegangen war, hat Votel im Wachlokal Schläge angeboten. Nach Aussage der Prostituirten hat Votel, als er sie auf der Straße anhielt, ihr zu verstehen gegeben, daß er unter einer bestimmten Bedingung nicht so streng gegen sie sein würde. — Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Körperverletzung und Bedrohung fallen; er sah das Schicksal mit dem Tod, sowie die Drohung mit dem Revolver als einen Akt der Rothwehr an, und hielt nur eine Verleumdung für vorliegend, für die sich auch noch Milderungsgründe geltend machen ließen, denn der Beamte sei berechtigt gewesen, das Mädchen zu fixiren, und wenn er in der Ausübung dieser Handlung behindert werde, so sei seine Erregung zu verstehen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 50 M. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenstock, plädierte für Freisprechung des Angeklagten. Eine gewisse Presse hegte unter der Rubrik „Schutz gegen Schulpöbel“, fortgesetzt gegen die Polizeibeamten, dadurch sei bei einem großen Theil des Publikums der Wankwille erzeugt worden, der auch in diesem Falle die Ursache des Vorgehens des Publikums gegen den Beamten gewesen sei. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten des Vergehens der Sachbeschädigung und der Körperverletzung frei, und verurtheilte ihn nur wegen öffentlicher Verleumdung des Zeugen Wagner und wegen Bedrohung mit einem Verbrechen durch Vorhalten des Revolvers. Als strafmildernd wurde angenommen, daß Votel aufgeregt war, weil aus dem Publikum an ihn das unberechtigte (?) Verlangen gestellt wurde, sich zu legitimiren. Wegen der Verleumdung erlaubte der Gerichtshof auf 20 M. und Publikationsdelinquenz des Verleudigten, wegen der Bedrohung auf 50 M. Als eine Geldstrafe von 70 M. wegen öffentlicher Verleumdung und Bedrohung mit einem Verbrechen, verurtheilt durch einen als Hüter der öffentlichen Ordnung bestellten aktiven Schutzmann!

Streitende Arbeiter, die sich in durchaus begrifflicher Erregung über das verwerfliche Treiben von Streikbrechern zu einer bei weitem nicht so schweren Anschuldigung hinreißen lassen, wie sie der Schutzmann Votel begangen hat, kommen bekanntlich nicht so glimlich davon.

In den Revisionsachen der Garantiefonds-Zeichner der Berliner Gewerbe-Ausstellung, die gestern vor dem Reichsgericht anstanden, wurde nachmittags 4 Uhr durch den Senatpräsidenten des Ersten Zivilsenats, Bolze, das Urtheil dahin verkündet, daß die Revision der Zeichner gegen die Urtheile des Kammergerichts zurückgewiesen werde und ihnen auch die Kosten der Revisionsinstanz zur Last fielen.

Aus dem Lande der Friedensbottschaften.

Petersburg, 19. Januar. Das Marineministerium hat beschlossen, den Bau eines Kreuzers ersten Ranges von 6250 Tons Wasserverdrängung der Schiffswerft des „Gullan“ in Stettin und den Bau zweier Torpedoboote von je 350 Tons Wasserverdrängung der Schidau'schen Werft in Elbing zu übertragen. Die Kosten für den Kreuzer sind auf über vier Millionen Rubel festgesetzt. Die Schiffe müssen im nächsten Jahre fertig sein. Alle in Petersburg im Bau befindlichen Panzerschiffe sollen in diesem Jahre und 22 Torpedoboote im nächsten Jahre fertiggestellt werden. Ferner wurde beschlossen, in diesem Jahre auf den Werften der neuen Admiralität zwei Geschwaderpanzer von ungefähr 12 700 Tons Wasserverdrängung zu bauen, sowie auf der Werft der russischen Lokomotivfabrik ein Panzerschiff von 12 700 Tons, einen Kreuzer von 6000 Tons und einen solchen von 3000 Tons.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Aus der Wahlprüfungs-Kommission. Berlin, 19. Januar. In der heute Abend unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Spahn abgehaltenen Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages wurden die Wahlen folgender Abgeordneten nach Prüfung der eingegangenen Proteste für gültig erklärt: 1. Veel (Z.) 8. Ober-Bayern: Aichach. — 2. Fahlz (fr. Bg.) 6. Frankfurt: Jüllichau-Kroffen. — 3. Faller (natl.). 2. Baden: Donaueschingen. — 4. Fij (natl.). 5. Falz: Somburg. — 5. v. Grand-My (Z.). 6. Nollenz: Kociem-Jell. — 6. Dr. Gahn (Wund der Landwirthe). — 7. Hannover: Nedingen-Kehaus. — 7. Hermann (Z.). 8. Königsberg: Allenstein-Köfel. — 8. Hofmann-Dillenburg (natl.). 9. Wiesbaden: Dillkreis-Ober-Westertwald. — 9. Jacobson (Hsp. d. freif. Volksp.). 8. Schleswig-Holstein: Schleswig-Edernförde. — 10. Schmidt-Wischerleben (Soz.). 7. Magdeburg: Ankersleben. — 11. Schrader (freif. Verein). 2. Frankfurt: Landsberg-Selbin. — 12. Dr. Weissenhagen (Z.). 2. Schwaben: Donauwörth. — 13. Weigel von Rudersbach (L.). 8. Königsberg: Osterode-Reiburg. — 14. Wipf-sperger (Z.). 4. Oberpfalz: Neuenburg.

Hannau, 19. Januar. In der elektrotechnischen Fabrik von Schneeweiß und Engel explodirte heute Vormittag ein Luftkessel, wobei ein Ingenieur und ein Arbeiter sofort getödtet wurden. Das Dach des Arbeitshauses wurde von dem Debel des Kessels durchschlagen.

Prag, 19. Januar. (W. B.) Vor dem anatomischen Institut sammelte sich heute Nachmittag eine große Menschenmenge an, welche bei dem Leichenbegängnis des erschossenen tschechischen Studenten Linhart demonstrieren wollte. Hierzu kam es aber nicht, weil die Beerdigung auf morgen verschoben ist.

Prag, 19. Januar. (W. B.) „Kardoni Bihy“ zufolge ist die Regierung entschlossen, das Refrutengesetz auf parlamentarischem Wege zu erliegen. Sollte dieses Vorhaben durch die Opposition verhindert werden, dann werde die Auflösung des Reichsrathes erfolgen. Ebenso sei die Regierung entschlossen, trotz des Kampfes der deutschen Opposition die Vereitigung der in Bezug auf die nationalen Rechte noch bestehenden Unbilligkeiten fortzusetzen.

Paris, 19. Januar. Deputirtenkammer. Der Deputirte Baillanti erklärt, er wünsche über die Abrüstungskonferenz zu interpelliren. Der Minister des Reiches Delcassé entgegnet, er werde bei Beratung des Budgets des Auswärtigen Amtes Erklärungen abgeben. Baillanti nimmt hierauf von der Intervention Abstand. Grosjean verlangt die Ernennung einer parlamentarischen Kommission zur Prüfung der Frage der Unterseeboote. Marineminister Delcassé erwidert, eine parlamentarische Kommission könne nicht werthig bei Versuchen mitwirken, die von Fachleuten kontrollirt werden seien. Grosjean besteht auf seinem Antrag und verlangt die Dringlichkeit für denselben; dieselbe wird aber mit 351 gegen 121 Stimmen abgelehnt. Das Haus legt hierauf die Generaldebatte über das Budget fort.

Madrid, 19. Januar. (W. B.) Eine Depesche des Generals Rios meldet, die Lage in Manila sei unverändert, dagegen mache der Aufstand in Mindanao große Fortschritte. Die Muselmanen predigten den heiligen Krieg, die Insel Jebu sei in vollem Aufstande.

Reichstag.

13. Sitzung, Donnerstag, 19. Januar 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Reichsamt des Innern fortgesetzt und zwar beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Röske (libl.)

findet es sehr erfreulich, daß die Regierung die Schonzeit in dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung beenden wolle und neue Gesetzentwürfe vorbereite; vor allem wichtig sei die angekündigte Novelle zum Alters- und Invaliditätsgesetz, die leider noch aus dem Bundesrathe nicht hervorgegangen ist. Auch die anderen in der Thronrede erwähnten Anträge sind ja sehr wünschenswert. Aber noch größer als diese positiven Thesen sind leider die negativen. So schwebt z. B. die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz immer noch zwischen Himmel und Erde. Ferner erinnere ich daran, daß der Bundesrat alle die Anträge abgelehnt hat, die die Sicherung der Koalitionsfreiheit und den Ausbau der Berufsvereine betreffen; vor allem auch, daß das Verbindungsverbot für politische Vereine immer noch nicht aufgehoben ist. Die ablehnende Haltung gegenüber den Berufsvereinen rechtfertigt die Regierung immer mit dem Hinweis auf das allgemeine Wahlrecht, das den Arbeitern genügend Waffen biete. Es ist doch oberflächlich, daß man auf der einen Seite den Arbeitern rath, sich um ihre materiellen Interessen zu kümmern und sich nicht der Parteithätigkeit in die Arme zu werfen, auf der andern Seite sie aber direkt auf die Politik zur Wahrung ihrer Interessen hinweist. Dagegen ist ein Streikgesetz angekündigt gegen den Terrorismus der Streikenden. Wenn wir aufrichtig sein wollen, so müssen wir zugeben, daß ein solcher Terrorismus in gewisser Hinsicht unvermeidlich ist, und nicht zum wenigsten gerade von uns, von den Arbeitgebern ausgeht. Nur haben wir andere Mittel, den Terrorismus auszuüben, als Gewaltthätigkeiten. Es ist nun die Frage, ob überhaupt noch ein besonderes Gesetz gegen diesen Zwang auf Arbeitswillige notwendig ist. Und das befreite ich entschieden. Daß die Arbeiter in der That einen besonderen Zwang auf Arbeitswillige immer feltener ausüben können, das beweist die immer größer werdende Zahl der verlorenen Streiks, die doch eben bloss dadurch verloren gingen, daß Arbeitswillige eingeschlagen sind. Aber man erwartet eben durch solche Maßnahmen eine gewisse Einschüchterung der Arbeiter, die dann überhaupt nicht so leicht in einen Streik eintreten, also auch die günstigere wirtschaftliche Konjunktur nicht ausnützen werden. Darin liegt sicherlich eine Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Der heute noch auf dem Standpunkte der Februarerlasse stehende, nicht als Rezer (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Das ist vielleicht nie so deutlich hervorgetreten, als auf jener Leipziger Versammlung der Unternehmer, die die Arbeitsnachweise als Sache des Unternehmertums bezeichnete. Die Arbeitsnachweise dürfen aber nicht ein Kampfmittel in den Händen einer Partei sein. Sie müssen auf paritätischer Grundlage errichtet sein und einen Unparteiischen zum Vorsitzenden haben. Erfreulich ist es, daß die Sozialdemokraten sich diesem Grundsatze anzuschließen beginnen. Daß die Herren, die in Leipzig versammelt waren, den Arbeitsnachweis als ein Mittel betrachteten, um den Arbeitern entgegenzutreten, geht aus den Verhandlungen deutlich hervor. Der Sekretär des Verbandes Berliner Metallindustriellen, ein früherer Hauptmann, erklärte offen, daß die Arbeitsvermittlungsstelle drakonische Mittel gegen mißliebige Arbeiter anzuwenden müsse. Sogar von dem dauernden Ausschluß eines Mißliebigen aus den Arbeitsstätten der ganzen Branche wurde unumwunden gesprochen. Die Reden in Leipzig geben eine seltsame Illustration zu der Oeynhausener Rede des Kaisers. Wenn man von Terrorismus sprechen will, so kann man nur von einem Terrorismus der Unternehmer reden. Ich möchte den Grafen Posadowsky dringend bitten, den Bericht über die Leipziger Versammlung dem Kaiser zu überreichen, damit er Kenntnis nimmt von den Anschauungen, die dort ausgesprochen worden sind. Dann wird es vielleicht noch gelingen, die Novelle zum Schutz der Arbeitswilligen in letzter Stunde noch zurückzuhalten, was wohl auch dem Wunsch der großen Mehrheit des Reichstages entsprechen würde. (Beifall links.)

Ich gebe zu, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherungen bei uns viel geschehen ist. Aber es bleibt noch viel zu thun übrig. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat gewiß sehr viel Segensreiches gewirkt; aber sie war in 4 Jahren nur während 42 Tagen zusammen. Wie kann man in so kurzer Zeitspanne auf einem so verwickelten Gebiete, wie die Arbeiterfrage es ist, etwas ausrichten? Ich fordere deshalb wie die Nationalliberalen, daß ein besonderes Reichs-Arbeitsamt errichtet wird. Wenn wir sehen, was in Belgien, Frankreich, England und der Schweiz auf diesem Gebiete schon geschehen ist, welche Summen dort für diese Zwecke ausgegeben werden, dann muß uns ein Gefühl der Beschämung erfassen, daß wir nicht schon längst mehr gethan haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Uebrigen hoffe ich, daß die große Zahl von Initiativ-Anträgen, die die soziale Frage betreffen und nicht zum mindesten auch die vor treffliche Rede des Abg. Kaffemann der Regierung den Beweis geliefert haben, daß es im Reichstag keine Majorität giebt, die von irgend einer Schonzeit auf dem Gebiete der sozialen Reform etwas wissen will. Wir, die Majorität, sind nicht der Ansicht, daß der Reichstag nur dazu da ist, die Interessen der oberen Reihentausend zu fördern. Der Schutz der Schwachen ist die besondere Pflicht des Staates und zu diesen Schwachen rechne ich in erster Linie die arbeitenden Massen. Deshalb ist es die Pflicht der Regierung und des Reichstages, für Vorsehung auf sozialem Gebiet zu sorgen. (Beifall links und bei den Soz.)

Abg. Wurm (Soz.):

Den Optimismus des Herrn Vorredners theilen wir nicht. Wir glauben nicht, daß die Mittheilung der Leipziger Verhandlungen an den Kaiser noch die Einbringung des Justizhausgesetzes zu verhindern vermag. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung nur die kapitalistischen Interessen wahrnimmt. Der Stumm braucht keine Angst zu haben. Sein Wille ist vorläufig noch maßgebend, bis die Arbeiterklasse stärker geworden ist und mehr Macht als heut ausüben vermag. Der Terrorismus der Arbeitgeber auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises, von dem Herr Abg. Röske gesprochen hat, ist nicht nur ein frommer Wunsch geblieben. Wir haben Beweise über Beweise, daß er auf allen Gebieten ausgeübt wird, und daß die Unternehmer den Arbeitsnachweis benutzen, um die Arbeiter gefügig zu machen. Auch die Großindustriellen, die anfänglich nicht der Meinung waren, daß sie sich den Bedingungen dieser Arbeitgeber-Koalition zu fügen hätten, beugen sich ihnen nun. Ich habe erfahren, daß ein Arbeiter, der in einer Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft gekündigt hatte, um sich wo anders eine bessere Stellung zu suchen, dadurch brotlos wurde, daß die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft seinen neuen Chef eine Falschfrist schickte, wo unter Androhung von Konventionalstrafe jedes Engagement dieses Arbeiters verboten wurde.

Auf der Hauptversammlung des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover hat der Generalsekretär des Verbandes, Herr Dr. Oskar Wertens, ausdrücklich erklärt, daß dieser Arbeitsnachweis der Unternehmer etwa Opponierende gefügig machen solle, d. h. also, daß die Arbeiter willenlose Sklaven, willenlose Werkzeuge der Arbeitgeber werden sollen. Selbstverständlich werden solche Arbeitsnachweise dann nur noch zu Mahregulierungsbureaus,

durch welche die Herren Unternehmer sich gegenseitig über mißliebige Arbeiter benachrichtigen, um sie brotlos zu machen und zu verfolgen. Dieser Macht der Unternehmer tritt der Antrag der Herren Röske und Dr. Posadowsky entgegen. Wir begrüßen ihn freudig und stehen ihm sympathisch gegenüber, weil er die Absicht hat, durchzuführen, daß die Arbeitsnachweise unparteiisch geführt werden. Obgleich Herr Röske, der selbst ein Unternehmer ist, hier so warm für die Nachweise eintritt, glauben wir nicht, daß seitens der anderen Unternehmer seinen Wünschen Rechnung getragen werden wird. Er ist bekanntlich ein weiser Rabe unter ihnen, auf den von den anderen, den schwarzen, weiblich gehaßt wird. (Heiterkeit links.) Wir wollten bereits im Jahre 1884 solche Nachweise einführen und schlagen sie in unserem Entwurf eines Arbeiter-Schutz-Gesetzes 1890 vor. Die Berliner Arbeiter haben bei einer Konferenz sich für den Antrag ausgesprochen. Der Vorsitzende gab dabei folgende Erklärung ab: „Durch ihren Eintritt in den Vorstand des Zentralvereins für die Arbeitsnachweise hatten die Arbeiter bereits ihre Stellungnahme in dieser Frage festgelegt. Sie stehen voll und ganz auf dem Boden der Bestreitung des Zentralvereins, welche auf die Organisirung von Nachweisstellen hingen. Die Arbeiter werden ihre eigenen Arbeitsnachweise zu Gunsten der neuen auflösen, wenn die Arbeitgeber dasselbe bei den übrigen thun.“

Es ist selbstverständlich, daß wir nur einem Arbeitsnachweis zustimmen können, dessen gesetzliche Regelung und Verkürzung, daß die Arbeiter in ihm dieselbe Vertretung haben, wie die Arbeitgeber. Freilich, Herr v. Stumm hat gestern wieder erklärt, daß er es nicht für berechtigt halte, daß der Arbeiter z. B. in den Gewergerichten dasselbe Recht hat, wie der Arbeitgeber, und auf dieser Arbeitsnachweis-Konferenz ist ebenfalls von den unberechtigten Ansprüchen der Arbeiter auf Gleichberechtigung die Rede gewesen. Wir wollen aber abwarten, ob sich hier im Reichstage eine Majorität findet, welche den Arbeitern in den Arbeitsnachweisen das gleiche Recht gewährt wie den Arbeitgebern und welche gegen den Terrorismus der Arbeitgeber Front machen will. Dieser Terrorismus ist auf allen Gebieten vorhanden; das beweisen die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, die auch im Gegenstich zu dem Grafen Posadowsky konstatieren, wie nämlich die Arbeiterorganisationen, in Baden speziell, zur Herbeiführung friedlicher Verhältnisse innerhalb des Arbeitsgebietes sind. Die sachlichen Beamten wissen davon freilich nichts zu erzählen; das kann nicht wunder nehmen, wenn man erfährt, daß die sachliche Regierung von den gesetzlich gewährleisteten Einrichtungen der Arbeiterschaft, von den Arbeitervereinsvereinen nicht einmal etwas wissen will. Nichts ist charakteristischer, als das. Die sachliche Bahnverwaltung hat im Einverständnis mit dem Ministerium das Ersuchen ihrer Arbeiter, Arbeitervereinsvereine einzurichten, direkt abgelehnt, weil diese dazu beitragen würden, sozialdemokratischen Forderungen mehr Gewicht zu geben. In derselben Weise stellten sich die Arbeitgeber in einem großen Theile Deutschlands den Arbeitervereinsvereinen gegenüber. Wir meinen ja vielen Arbeitervereinsvereinen keine Ehre an, denn ihre ganze Anlage war von vornherein verfehlt; aber die Sache kennzeichnet doch das Unternehmertum.

Weiter: Aus den preussischen Verträgen ersehen wir sehr wenig über die Thätigkeit der Arbeiterorganisationen, während Süddeutschland davon viel zu berichten weiß. Aber das, was aus Preußen erzählt wird, ist auch recht charakteristisch. So theilt der Beamte für Arnberg mit, daß ein Arbeiter entlassen worden sei, weil er zum Eintritt in den gewiß nicht sehr radikalen Christlich-Sozialen Gewerkeverein aufgefordert hätte! Aber der famose Reichsbericht, den wir dieses Jahr bekommen haben, dieser dünne schwindelhafte Wand, verhält die für die Arbeiterbestrebungen wichtige Mittheilung zu bringen. Ich werde Ihnen noch verschiedentlich den Nachweis bringen, wie merkwürdig der Reichsbericht es immer verfahren hat, alles für die Arbeiterbestrebungen Bedeutungslos mitzutheilen. Aus Celle hat er z. B. nicht mitgeteilt, daß ein dort beabsichtigter Ausstand durch das Eingreifen des Holzarbeiter-Verbandes verhütet worden ist, was doch angeht der in den höchsten Kreisen verbreiteten Anschauung, daß die Arbeitervereine Streikvereine seien, gewiß wichtig ist. Da ist Süddeutschland weit besser unterrichtet; in dem Bericht von Baden schreibt Dr. Wörthoff, daß gerade durch die Arbeiterorganisationen unberechtigte und unbenutzige Streiks verhindert werden, die Zahl der Streiks sich also vermindert. Wörthoff erkennt ferner an, daß die Vertbeidigung mindestens der jetzigen Lebenshaltung der Arbeiter für die gesamte Volkswirtschaft von der größten Bedeutung sei, und gerade die Arbeiterorganisationen am besten dafür sorgen. Ja, er spricht offen aus, daß der Fortschritt der gesamten Kultur von dem Fortschritt der immer zahlreicher werdenden Arbeiterklasse abhängt; ihm sind die Arbeiterorganisationen ein Mittel für den Kulturfortschritt, nicht wie der Herr Staatssekretär meint, ein Mittel, um die Industrie zu ruinieren. Deshalb beklagt auch Dr. Wörthoff nicht, daß die Arbeiterorganisationen existieren, sondern daß sie so schwach sind. Und der Rath, dieses auszusprechen, ist anerkennenswerth in einer Zeit, wo die Regierung mit aller Kraft bestrebt ist, die Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Auf dem Papier werden Sie wahrscheinlich die Organisationen bestehen lassen, aber den Galgen für den gleich daneben setzen, der davon Gebrauch macht.

Auch bayerische Beamten treten für die Arbeiterorganisationen ein. Der Beamte für Mittelfranken weist ausdrücklich darauf hin, wie auffallend die geringe Zahl der Ausstände sei; das hängt zum Theil mit der guten Disziplin in den Reihen der organisirten Arbeiter zusammen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), deren Leiter keine Ausstände wünschen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Bericht aus Mecklenburg besagt, daß die Arbeiterorganisationen sich als streikverhindernd bewährt haben. Das klingt anders, als das, was wir hier von der Regierung über die Organisationen zu hören bekommen.

Anderswärts sprachen die Berichte von der Terrorisirung der Arbeiter durch die Unternehmer. Im Reichsbericht sind die beziehendsten Stellen allerdings vergessen, z. B. das Urteil des Mainzer Beamten. Wenn auch ein kleiner Theil der Unternehmer organisirte Arbeiter in ihre Betriebe einstellen, so entläßt ein großer Theil der Unternehmer jeden Arbeiter, von dem sie ermitteln, daß er Mitglied einer Organisation ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daher mag es denn auch kommen, sagt der Mainzer Beamte, daß verhältnismäßig so wenig Arbeiter sich an die Aufsichtsbeamten wenden, aus Furcht, man könne sie für organisirte Arbeiter halten. Weshalb unterdrückt der Reichsbericht diese wichtige Stelle? Die Beamten berichten: sogar in unseren Sprechstunden erscheinen die Arbeiter nicht; sie haben die berechtigten Furcht, daß die Unternehmer Spigeln nachsehen, die vor der Thür des Aufsichtsbeamten herumschleichen. Erscheint ein Aufsichtsbeamter auf Grund einer Anzeige zur Revision in einer Fabrik, dann sagt der Unternehmer: „Aha, hier hat einer meiner Arbeiter Anzeige gemacht, und dann entläßt er zunächst denjenigen Arbeiter, auf den der Verdacht fällt und das sind gewöhnlich die Organisirten. So wirkt der Terrorismus der Kapitalisten.“

Nun haben sich die Arbeiter Beschwerdelokommissionen geschaffen. Ihre Vertrauensleute prüfen erst die Anzeigen und theilen sie dann den Aufsichtsbeamten mit. In Preußen lehnen es aber die Herren Beamten zum großen Theil ab, mit den Beschwerdelokommissionen in Verbindung zu treten. So haben die Berliner Arbeiterinnen eine Beschwerdelokommission gebildet. Diese Vertrauenspersonen theilen den Berliner Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit, was sie erfahren haben. Der Berliner Gewerbe-Aufsichtsbeamte hat es aber abgelehnt, der Uebermittlerin der Beschwerde Auskunft über die stattgefundenen Revisionen zu geben, da eine solche Mittheilung über seine Befugnisse hinausgehe. Ist es denn etwas des Beamten Unwürdiges in Preußen, mit den Arbeitern in Verbindung zu treten? In ganz Süddeutschland denkt man anders

darüber. In Bayern hat die Regierung erst vorige Woche wieder ausdrücklich die Aufsichtsbeamten aufgefordert, in direkte Verbindung mit den Arbeitern zu treten, damit sie erfahren, wie es in den Betrieben ausseht. Bei uns in Preußen geht's aber nach der bureaukratischen Schablone und in Folge dessen sieht es auch in den Fabriken danach aus. Unsere Arbeiter haben eben weniger Möglichkeit, den Aufsichtsbeamten mitzutheilen, was alles in den preussischen Fabriken verbesserungsbedürftig wäre.

Dazu kommt noch, daß es in einem Landestheile Preußens den Arbeitern zum größten Theil überhaupt unmöglich gemacht ist, die zu ihrem Schutz erlassenen Gesetze kennen zu lernen, und sich mit den Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen. Das trifft alle polnisch sprechenden Arbeiter. Der Posener Aufsichtsbeamte erwähnt dies in seinem Bericht — auch dies fehlt im Reichsbericht. Also weil der polnische Arbeiter nicht deutsch kann, soll sich für ihn die Gesetze nicht, unter denen er lebt, (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nein, meine Herren, da müßte es doch heißen: folglich hat die Regierung die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Gesetze, die zum Schutze der Arbeiter bestehen, den polnischen Arbeitern in polnischer Sprache zugänglich gemacht werden und daß mindestens polnisch sprechende Aufsichtsbeamte dort vorhanden sind. Die Herren Polen, die so für das Nationalitätsprinzip eintreten, haben merkwürdigerweise in ihrer Presse davon keine Kenntnis genommen. Freilich, den polnischen Unternehmern wird es sehr recht sein, wenn ihre Arbeiter möglichst wenig von den ihnen zustehenden Rechten erfahren.

Bei der Erwiderung auf die Vorkläufe des Kollegen Vebel hat der Herr Staatssekretär darauf hingewiesen, was im vergangenen Jahr alles für die Arbeiter geschehen sei. Er erwähnt aber nicht, daß in den Kürschnereien den Herren Unternehmern statt vier jetzt sechs Sonntage frei gegeben worden sind und ebensoviele, daß keine Verordnung zum Schutze der Arbeiterinnen in den Konjerven-Fabriken zu Gunsten der feineren Fabrikanten abgeändert worden ist, daß man die Arbeitszeit der Arbeiterinnen von 11 auf 13 Stunden verlängert hat. Der Herr Staatssekretär beruft sich auf seine Verordnungen, die Chamottefabriken betreffend. Ich erkläre aber, daß diese den berechtigten Ansprüchen nicht entsprechen. Wie geringfügig ist alles das, was angekündigt wurde, im Vergleich zu dem, was die Gewerbe-Aufsichtsbeamten fordern! Ich habe die Verordnung für die Zigarrenfabriken noch immer einer Verbesserung. Von allen Seiten wird anerkannt, daß man 11—13 Kubikmeter Luftstrom für jeden Arbeiter fordern muß; in den Zigarrenfabriken hat jeder Arbeiter nur 7 Kubikmeter für sich. Und doch ist gerade hier die ungesundeste Luft und giftiger Staub.

Dann hat uns der Herr Staatssekretär auch die Statistik mitgeteilt, die er machen läßt, und die besonders deswegen sehr interessant ist, weil sie in den Denkschriften gedruckt wird entgegen den Anschauungen, die von amtlicher Seite als richtig für die Erhebung einer solchen Statistik ausgesprochen sind. Bei uns wird nämlich eine solche Statistik von der Polizei gemacht; die Arbeiter fragt man nicht. Nun ist im letzten Vierteljahrsheft der Statistik des Deutschen Reiches eine Uebersicht erschienen über die Streikstatistiken der anderen Staaten; da heißt es von England, daß man dort die bei den Streiks beteiligten Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer frage und daraufhin die Statistik aufnehme, und dieses Vierteljahrsheft schreibt: Mit den Erfolgen des englischen Verfahrens ist man der amtlichen Statistik zufolge im Ganzen zufrieden. Obgleich man also von amtlicher Seite das englische Verfahren als ein gutes schildert, holt man bei uns die liebe Polizei. Was bei dieser Polizeistatistik herauskommt, werden wir ja sehen. Aber kennzeichnend für diese Sozialreform ist es, daß Sie bei einer so wichtigen Frage, die Sie zur Grundlage einer einmündigen Gesetzgebung gegen die Arbeiter machen wollen, die Arbeiter selber zu fragen nicht für notwendig gehalten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will auch nicht davon reden, wie wenig man für den Schutz der Bergarbeiter trotz der furchtbaren Unfälle, die vorgekommen sind, gethan hat, und daß offiziell bisher nichts berichtet, daß man etwas thun will. Wenn unser Antrag auf Einführung der Vergütung unter Zugiehung von Bergarbeitern hier zur Verhandlung kommen wird, werden wir weiter darüber reden. Meins Herren, das Allerwichtigste noch! Im Jahre 1891 haben wir eine Gewerbe-Ordnung gemacht und bis heutigen Tages ist einer der wichtigsten Paragraphen noch immer nicht in Kraft getreten, der § 154 Absatz 3 und 4, der erst durch kaiserliche Verordnung in Kraft treten kann. Dieser Paragraph würde hunderttausenden von Arbeitern, die jetzt so gut wie vogelfrei sind, den ihnen gesetzlich gewährleisteten Schutz geben. Jetzt sucht man sogar von Seiten der Behörden die Grenzen der Gewerbe-Aufsicht einzuziehen, indem man erklärt, daß Fabriken, die der Gewerbe-Aufsicht unterliegen, nicht alle die Betriebe seien, die von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten dafür erklärt werden. So hat das Hamburger Landgericht und später das Reichsgericht dahin entschieden, daß zu den Betrieben, die nicht der Gewerbe-Aufsicht unterliegen, diejenigen gehören, in denen keine Theilarbeit vorgenommen wird. Also eine Zigarrenfabrik, möge sie noch so viel Arbeiter beschäftigen, in der die Zigarre von demselben Arbeiter von Anfang bis zu Ende hergestellt wird, würde dann nicht der Gewerbe-Aufsicht unterliegen. Dadurch würden wir einen großen Theil der Betriebe, die dringend die Gewerbe-Aufsicht brauchen, derselben entziehen. Die Grenzen sind da sogar innerhalb der verschiedenen Aufsichtsbezirke so verschieden gezogen und demnach endlich durch jene kaiserliche Verordnung ein Ende gemacht worden. Jetzt sind z. B. in Sachsen, das mit seiner Höhe der Gewerbe-Aufsicht paradiert, obwohl es viel zu wenig Beamte hat, auch die Grenzen für die Gewerbe-Aufsicht am allerengsten gezogen, während Bayern, das anscheinend die schlechteste Gewerbe-Aufsicht hat, weil dort verhältnismäßig am wenigsten Betriebe revidirt wurden, weit bessere Revisionen hat, weil dort alle Handwerke in die Gewerbe-Aufsicht hineingezogen sind. Dazu kommt, daß in Süddeutschland die Gewerbe-Aufsicht einheitlich geregelt ist, weil dort die Beamten Konferenzen untereinander abhalten. Das kennt man in Preußen nicht und doch ist es sehr wichtig, denn die Beamten fügen selber darüber, daß über die Auslegung einzelner Bestimmungen, z. B. über die hygienische Bestimmung des § 120, keine Verständigung herrsche. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten eine lächerlich geringe ist gegenüber den Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Man sagt wohl, wieviel Betriebe sie revidirt haben, verschweigt aber, wieviel Betriebe sie hätten revidiren müssen. Der Reichsbericht bringt eine Tabelle darüber, warum fehlt diese aber im preussischen Bericht? Uebrigens sind alle diese Tabellen mit raffinierten Unübersichtlichkeit zusammengestellt. Keine Prozentverhältnisse sind angegeben, daß man übersehen könnte, wie sich verhältnismäßig die Gewerbe-Aufsicht in einzelnen Theilen stellt. Ihre Absicht, nicht klar werden zu lassen, wie wenig revidirt wird, erreichen Sie dadurch nicht, denn die sozialdemokratische Presse rechnet Ihnen doch Alles nach. Von 268 000 Anlagen mit 3 834 000 Arbeitern, die wir im Deutschen Reich haben, sind nur 30 pCt. revidirt worden, allerdings mit 82 pCt. der Arbeiter; aber in den nicht revidirten Betrieben, den 70 pCt., wo 18 pCt. Arbeiter beschäftigt sind, handelt es sich um jene kleinen Betriebe, die am allerunwichtigsten der Revision bedürfen. Gerade der kleine Unternehmer verlegt, durch die Rothlage getrieben, die Gesetze am häufigsten. 187 500 Werkstätten hat im vergangenen Jahre kein Gewerbe-Aufsichtsbeamter betreten. In einzelnen Bundesstaaten hat man jetzt die Kesselsrevision von der Fabrikinspektion getrennt, so in Bayern, natürlich aber nicht in Preußen. Man hat wohl infolge der fortwährenden Proteste, die von unserer Seite ausgingen, einen Theil der Kessel-

revisionen den preussischen Beamten abgenommen: die landwirtsch. schaftlichen Kessel; aber immerhin haben die preussischen Beamten noch so viel Missethätigkeiten auszuführen, daß dadurch ihre Aufgabe, die Fabriken zu revidieren, außerordentlich beeinträchtigt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt noch, daß die Beamten auch Auskünfte über Unternehmern ertheilen müssen u. s. w. Dazu gehört aber ein größeres Personal, als heute zur Verfügung steht. Da hören wir nun in der Thronrede, daß auf wirtschaftlichen Gebieten sich gesteigerte Schaffensfreudigkeit und stetige Entfaltung zeige; aber daß man höhere Summen für die Gewerbeaufsicht übrig hat, davon hören wir nichts.

In der „Christlichen Welt“ des Pastors Rode schreibt ein Herr Rode über die grauenvollen Zustände der Erdarbeiter bei preussischen Staatsbauten. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Er erzählt, daß er bei Anna i. B. von Leuten gehört hätte, daß Vieh dabei es besser als die Arbeiter in jener Kammer (Hört! Hört!); und er fügte selbst hinzu: Ich wunderte mich, daß sich die Arbeiter nicht lieber in ein Juchthaus bringen lassen. In einem Ort hat ein Wirth, der zugleich Gemeindevorsteher ist, 50 Leute auf seinem Hofe untergebracht, je 4-10 in einem Schweinestall (Hört, hört); dem — sagt Herr Rode — auf größeren Gütern sind diese Sälle lustiger und gesünder. Daß diese Menschen nur Arbeitsthiere sind, sieht man ihnen am Gesicht an. Solche Zustände herrschen bei Arbeitern, die bei preussischen Staatsbahnbauten beschäftigt sind!

Vom G. and w. erl. berichtet uns der größte Theil der Gewerbebeamten gar nichts. Selbsterklärend weiß unsere Gewerbeaufsicht auch nichts von dem Elend der Hausindustrie zu erzählen, nichts von der immer entsetzlicher werdenden Ausbeutung der Kinder. Und doch sind das Zustände, die jetzt selbst in den Kreisen, die bisher stillschweigend dem immer mehr wachsenden Elend des Volkes durch den Kapitalismus zusehen, Aufsehen erregen, so daß selbst auch dort Proteste erhoben werden. Ja, Herr von Hehl, auch Sie haben endlich gegen gewisse Ausbeutungen der Kinderarbeit und der Hausindustrie protestirt. Die Arbeiter wissen recht wohl, wenn sie das zu danken haben: nur uns, die wir seit Jahren und Jahrzehnten Sie hierzu aufmerksam gemacht haben. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen. Sehr richtig! links.)

Ein Rindorfer Schullehrer, Herr Agath, der schon seit Jahren für den Schutzbau der Schullinder eintritt, hat festgestellt, daß von einer Million Schullinder im Deutschen Reich die Hälfte erwerbsfähig sind, während 1/4 Millionen arbeitslose Erwachsene vorhanden sind. (Hört! hört! links.) Für die Erwachsenden kein Wort, für die armen Schullinder die Ausbeutung! Hier müßte die Reichsregierung energisch eingreifen und die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder durchweg verbieten.

Redner beschränkt sich ferner über das späte Erscheinen der Berichte und darüber, daß der Bericht für Anhalt nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Und warum ist z. B. der Bericht von 1897 dreißig bis vierzig Prozent kürzer als die früheren Berichte? Dadurch haben Sie sich in den Verdacht gebracht, daß Sie eine Schönfärberei und Fleckreinigung-Anstalt für Unternehmer sind im Reichsamt des Innern eingerichtet haben. Denn der Zufall will es, daß gerade solche Stellen weggelassen sind, die den Unternehmern wehe thun könnten. Da braucht man sich über die Haltung der Gerichte nicht zu wundern. Denn ist es ja selbstverständlich, daß die Herren Unternehmer auf das Gesetz pfeifen, denn sie verdienen mehr Geld dabei, wenn sie das Gesetz mit Füßen treten und wenn sie sich verurtheilen lassen, als wenn sie das Gesetz befolgen.

Ferner ist es ein Uebelstand, daß die Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht einmal erfahren, ob und welche Beurtheilungen erfolgt sind. Sie wissen also nicht, ob sie das nächste Mal auf die Durchführung der betreffenden Verordnungen bestehen können oder nicht.

Was ist nun die natürliche Folge all dieser Dinge? Die Unternehmer glauben, sie können thun, was sie wollen; und der vielgerühmte Aufschwung der Industrie hat für die Arbeiter weiter nichts gebracht als längere Arbeitszeit, größere Krankheitsgefahren und mehr Unglücksfälle als früher. Was die höheren Löhne anlangt, so sind diese zumelst durch Ueberstundenarbeit herbeigeführt worden (Widerpruch bei den Nationalliberalen), so daß die Aufsichtsbeamten sagen: das führt zur Verelendung der Arbeiter!

Höhere Löhne sind ja hier und da vorgekommen; aber auf der anderen Seite haben wir geradezu skandalöse Zustände zu verzeichnen. In der Glasfabrik von Siemens in Pöbtau werden die Arbeiter so schlecht bezahlt, daß zwei Arbeiter im Armenunterstützung einkommen müßten; weil sie mit Hilfe ihres Arbeitslohnes ihre Familie nicht ernähren könnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Fabrik, die bei einem Aktienkapital von 9 Millionen Mark im Jahre 1897 einen Reingewinn von 1 1/2 Millionen abwarf und ihren Aktionären 14 pCt. Dividende zahlte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem amtlichen Bericht des Gemeinderaths von Lötian heißt es: „Es kamen die traurigen Zustände in den Wohnungen und das wirtschaftliche Elend eines großen Theiles der in der Glasfabrik beschäftigten und in deren Wohnhäusern wohnhaften Arbeiter eingehend zur Sprache und besonders wurde einhellig das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß infolge dieser durchaus ungünstigen Verhältnisse sich niemand in der Einwohnerzahl finden mag, der für den betreffenden Armenbezirk das Amt eines Armenpflegers übernehmen will.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat der Reichsbericht auch eine merkwürdige Zusammenstellung über die Lohnerhöhungen gebracht. Es wird gesagt, daß vielfach Lohnerhöhungen eingetreten seien, die zum Theil „als recht bedeutend“ zu bezeichnen wären. Daraufhin habe ich die Landesberichte mir angesehen und gefunden, daß keineswegs von recht bedeutenden Lohnerhöhungen die Rede ist. Man hat auf die vermehrte Arbeitslosigkeit infolge des jetzigen Geschäftsaufschwunges hingewiesen, aber welche Massen von Italienern, Polen u. s. w. sind von den Unternehmern als Lohnrücker herbeigeholt worden. Außerdem ist die Zahl der weiblichen Arbeiter und der in Fabriken beschäftigten Kinder bedeutend gestiegen. Dazu kommt die große Zahl von Ueberstunden, die geleistet werden müssen. Darüber bekommen wir ja eine Tabelle, die scheinbar einen Rückgang in der Bewilligung der Ueberstunden zeigt. Aber die Zahl der auf eine einzelne Arbeiterin fallenden Ueberstunden betrug 1896 18,9 und 1897 18,8. Das ist doch wirklich kein großer Unterschied. Auch haben die Behörden 1896 25 pCt. der wegen Ueberstunden gestellten Anträge zurückgewiesen, 1897 aber nur 20 pCt. Wie die Ueberstunden zerrütten auf die Gesundheit der Arbeiter wirken, zeigen ja die Berichte der Aufsichtsbeamten. Freilich sind diese Berichte noch sehr unvollständig, da z. B. die Ärzte nicht mitwirken. Es hat sich gezeigt, daß der Kapitalismus die Kräfte so in der Gewalt hat, daß ein Theil derselben sich gewiebert hat, Angaben über den Einfluß der Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiter zu machen, weil sie den Verlust der Landeskraft der Kapitalisten fürchten. Aber auch die Kräfte an den Krankenhäusern haben sich zum Theil in Schweigen gehüllt, weil sie mit den Vorständen der Klasse nicht in Konflikt kommen wollten. Ferner hat sich gezeigt, daß die Durchführung der Krankenkassen über Krankheiten und Krankheitsdauer der Arbeiter absolut unzulänglich ist. Aber, meine Herren, für diesen Theil der Betriebe ist dennoch die ruinöse Wirkung des Betriebes resp. der Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiter festgestellt und da hätte doch die Regierung die Pflicht gehabt, ganz energisch dafür zu sorgen, daß wenn man nicht unseren Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit im Allgemeinen annimmt, man sie dann wenigstens für männliche erwachsene Arbeiter aus Gesundheitsrücksichten in einzelnen Betrieben energisch durchführt. Auch hier hat der Reichsbericht es verfaßt, eine Zusammenstellung derjenigen Betriebe zu liefern, für die von Seiten der Aufsichtsbeamten ein Maximalarbeitszeit verlangt worden ist. Und was erfahren wir aus diesen Berichten vor allem? Daß überall da, wo die Arbeitszeit über 10 bis 11 Stunden, in anderen Betrieben, wo sie über 8 bis 9 Stunden hinausgeht, die Arbeiter körperlich und geistig verelenden. Die Schwindhust ist die Proletariatskrankheit, das beweisen auch die Konferenzen der Invaliditätsversicherungs-Anstalten, die Konferenzen der Krankenkassen. Hier hat die Reichsregierung die Pflicht, energisch dafür zu

sorgen, daß bessere Zustände nicht erst allmählich, sondern schleunigst geschaffen werden, indem sie mindestens für die Betriebe, deren Gesundheitsgefährlichkeit die Gewerbeaufsichtsbeamten besonders erwähnen, den sanitären Arbeits-tage einschränkt. — Die uns in voriger Woche zugegangene Statistik der Berufsgenossenschaften zeigt gleich auf der ersten Seite folgende Uebersicht. Auf 1000 versicherte Personen kamen 1896 4,84 überhaupt Verletzte, 1897 bereits 5,08, der Durchschnitt der letzten 11 Jahre, 1886 bis 1896, betrug nur 3,37. Die Zahl der Verletzten hat also im letzten Jahre zugenommen. Getödtet wurden 1896 0,39, 1897 0,41 und der Durchschnitt der letzten 11 Jahre zeigt 0,38 — also auch hier eine Zunahme der Todesfälle der Arbeiter. Die Zahl der dauernd völlig Verletzten betrug 1896 0,09, 1897 0,08, ist also etwas zurückgegangen; dagegen ist die Zahl der theilweise Verletzten von 2,52 für 1896 auf 2,59 für 1897 gestiegen, und die Zahl der vorübergehend Verletzten von 1,84 auf 2,00, obwohl in den letzten 11 Jahren nur 0,99 vorübergehend verlegt worden, so daß wir jetzt beinahe das Doppelte von dem Durchschnitt der letzten 11 Jahre haben.

Sie sehen also aus diesen Ziffern, daß die Unfälle in den letzten 11 Jahren zugenommen haben und ganz speziell in den Jahren des geschäftlichen Aufschwunges. So ist also auf allen Gebieten des sozialen Lebens nicht ein Fortschritt, sondern ein Rückschritt zu verzeichnen und von dem Aufschwung der Industrie, von dieser Milliarden-Zunahme des Kapitals, von dieser großartigen Vermehrung des Unternehmergewinns der letzten Jahre haben die Arbeiter nicht erhalten als eine größere Summe von Krankheiten, eine größere Summe von Unglücksgefahren, eine größere Summe von Elend. Der Profit für die Arbeiter ist das Elend. Das ist der soziale Zustand, den wir bei uns haben und den Sie bei uns noch durch eine Anhebung des Arbeiters verblechern wollen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Dortmund (natl.): Abg. Köstke hat behauptet, daß die Novelle zur Unfallversicherung noch immer zwischen Himmel und Erde schwebt. Gegen den ursprünglichen Entwurf der Regierung sprachen die schwersten Bedenken, die nicht nur von der rheinisch-westfälischen Großindustrie, sondern von fast allen Berufsgenossenschaften erhoben wurden. Daß die Arbeiter bei der Bemessung der Unfallrenten in erster Instanz mitreden sollen, widerspricht jedem Rechtsgefühl, denn die Arbeiter sind Partei, und die Kosten der Unfallversicherung werden ausschließlich von den Unternehmern aufgebracht. Wer die Verhandlungen von 1890/91 über die Gewerbe-Ordnung mitgemacht hat, wird sich erinnern, daß ich die Abänderung des § 153, die die Regierung vorschlug, als Kompensation für die Lasten betrachtete, die der Industrie aufgebürdet wurden. Für die Mehrzahl der Fälle mag der jetzige § 153 ausreichen, aber er reicht nicht völlig aus, das ist die Empfindung vieler Kreise. Die Terrorisirung der Arbeitswilligen darf nicht ungestraft weiter bestehen; das ist die Ueberzeugung der Mehrzahl des deutschen Volkes. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Viel wäre schon geschehen, wenn die Gerichte den jetzigen § 153 schärfer anwenden wollten. (Abg. Förster, Soz.: Geschieht jetzt schon!) In freien Ländern wie in England wird der Terrorismus viel härter bestraft. Zwischen Arbeitern und Unternehmern ist infolge der schweren Strafen der Gegenseit nicht milder, wie der Optimismus des Abg. Köstke meint, sondern härter geworden, so in Hamburg, wo die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern zu reinen Rechtsfragen geworden sind. So wird es ewig bleiben und ein Eingreifen von außen durch Schiedsgerichte vermag diese Gegenseit nicht zu schlichten. In weitesten Kreisen geben die Unternehmer beim Aufschwung der Industrie mehr Lohn, einfach, weil sie die Arbeiter brauchen. Das wird ewig so bleiben, es sei denn, Ihre utopistische Zukunftsstaat erschiene auf der Bildfläche. Wenn die Gegenseit sich so verhärtet haben, wie in Hamburg, dann ist ein gemeinsamer Arbeitsnachweis unter kommunaler Führung undenkbar. In den Städten, wo ein solch latenter Krieg wie in Hamburg nicht geführt wird, können solche partielle Arbeitsnachweise übrigens segensreich wirken. In Bezug auf die Arbeiterversicherung markieren wir allen anderen Ländern der Welt mit Siebenmeilensteinen voran. Niemand ist so für die Arbeiter geforgt, wie bei uns. Das müssen wir betonen gegenüber der Rede des Abg. Wurm, der wieder die alte Verelendungs-Theorie predigt, von der ich glaube, daß sie bei Ihrer letzten Häutung abgestreift worden wäre. Die Wohlthaten der Versicherungsgehalte begreifen sich auf eine Million pro Tag.

Vom Abg. Wurm habe ich etwas vollständiger Neues gehört, die Versicherungsgehalte sollen wir den Sozialdemokraten zu verdanken haben. Die Sozialdemokraten haben doch stets gegen die Gehefte gestimmt. (Sehr richtig! rechts.) Kollege Köstke hat behauptet, daß die Kommission für Arbeiterstatistik einen zu engen Wirkungskreis hat. Ich habe mir bei der Schaffung dieser Kommission auch etwas Anderes gedacht als daraus geworden ist. Mir schwebte eine gutachtliche Stelle für die Aufnahme starker Statistiken vor, ähnlich wie die Institution, die in England besteht. Eine solche Institution würde die Sozialreform sehr fördern. Wenn Herr Wurm ein schnelleres Tempo verlangt, so sage ich, der Apparat, der für Sozialpolitik vorhanden ist, arbeitet mit aller Anstrengung. Es muß mit Vorbehalt vorgegangen werden. Herr Wurm ist Spezialist für die Gewerbe-Inspektions-Berichte in seiner Fraktion und hat viel daran anzusetzen gehabt. Seine Artikel war indeß nicht berechtigt. Die Berichte wahren die Objektivität bei Abwägung der Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern in vollem Maße. Gewundert hat mich die Aeußerung Wurm's, daß für die polnischen Arbeiter die Berichte auch in polnischer Sprache herausgegeben werden sollten. Das vertritt sich nicht mit dem nationalen Bewußtsein. In jedem Lande herrscht nur eine Sprache. (Abg. Hise ruft: Belgien; Abg. Wurm ruft: Schweiz.) Diese Forderung geht entschieden zu weit. Herr Wurm hat die Ausnahme-V Bestimmungen in Tabakfabriken bemängelt. Weiß er denn nicht, daß auch in seiner Fraktion keine Tabakfabriken seien, die man habe schonen wollen. (Wurm: Wir wollen keine Schonung.) Das sagen Sie jetzt. Aber die kleinen Existenzen können sich nicht so große Lokale schaffen. Aus der Rede des Abg. Wurm klang es durch, was auch Herr Veibel schon einmal anerkannt hat, daß die Anlagen der großen Fabriken im Großen und Ganzen überall zufriedenstellend sind. Was den Arbeiterstand im Handwerk anlangt, so liegt hier die Regierung noch ein großes Arbeitsfeld. Aber man kann das Handwerk nicht mit der Großindustrie über denselben Stamm scheeren. Für weibliche Fabrikinspektoren sind einige meiner Freunde, namentlich in Süddeutschland. Ich gehöre nicht zu diesen Fremden. Den weiblichen Inspektoren wird doch die nötige Objektivität fehlen. (Heiterkeit und Widerspruch links.) Herr Wurm hat auch die Ueberarbeit erwähnt. In guter Zeit sind noch nie so wenig Ueberarbeiten gemacht worden, wie gerade jetzt. Die Löhne sind gestiegen, sagt Herr Wurm, aber nicht in dem richtigen Verhältnis zur günstigen Konjunktur. Es giebt einige Industrien, wie die thüringische Wolweberei, wo elende Zustände herrschen, dort ist ja Herr Wurm gewählt, aber dort ist auch die Arbeitszeit kurz. (Widerspruch des Abg. Wurm.) Aber im Allgemeinen sind die Löhne ganz erheblich gestiegen, ganz im Sinne der allgemeinen Prosperität. Sehen Sie sich nur die Löhne der Bergarbeiter im Ruhrrevier an. Dort sind die Löhne in den letzten Jahren fortgesetzt gestiegen, der Lohn beträgt im Jahre jetzt durchschnittlich 1200 M. Das sind doch keine kümmerlichen Löhne. Ihre Freunde (nach den Sozialdemokraten) haben ja schon zweimal einen Anlauf genommen, eine Lohnbewegung zu entfachen, sie sind aber jedes mal Arbeiterfreien selbst belehrt worden, daß die Lohnverhältnisse sehr gesunde sind. Die Leute wollen jetzt selbst keinen Streik anfangen. Ebenso sind die Löhne z. B. der preussischen Eisenbahnarbeiter gestiegen. Alles in Allem muß ich sagen, wir können uns freuen über die guten wirtschaftlichen Zustände und sollten uns bemühen, diese guten Zustände zu erhalten und den Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wahren. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf v. Bosdowski:

Ich halte es nicht für richtig, auf die Gesetzesvorlagen einzugehen, die dem hohen Hause noch nicht zugegangen sind. Ich kann nicht zugeben, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung in einem Zustande

der Erläuterung begriffen ist. Ein schnelleres Tempo ist nicht möglich. Zur Gesetzgebung gehören Erfahrungen von praktischen Männern. Das gilt von allen Gesetzen, aber besonders von den sozialpolitischen Gesetzen. Es werden auf diesem Gebiete so thörichte Forderungen aufgestellt, die sehr stark nach der Studierlampe riechen und ganz unausführbar sind von einer Regierung, wenn sie nicht die bestehende Gesellschaft mit unreifen Gesetzen desorganisieren will. Der Abg. Wurm ist auf die Inspektorenberichte eingegangen. Ich weise darauf hin, daß wir jetzt schon viel weiter sind in der Veröffentlichung der Berichte, als das Gesetz verlangt. Wie legen die Jahresberichte im Original vor und den Auszug. Also von einer Fleckreinigung-Anstalt ist keine Rede. Wenn der Auszug nicht genügt, kann sich aus den Originalberichten unterrichten. Die Berichte sind gewiß objektiv und nach bestem Gewissen abgefaßt. Die Herren, die sonst jede Thätigkeit eines Beamten geringschätzig behandelnd, schwören auf diese Berichte, wenn es sich um einen Tadel von Arbeitgebern handelt. Ich meine, man könnte ebenso gut Kritik auch nach der anderen Seite üben. Ich wiederhole aber, es liegt mir fern, den Beamten irgend welchen Vorwurf zu machen. Daß ein zusammenfassender Reichsbericht herausgegeben wird, beruht auf einem Wunsche des Reichstages im Jahre 1897. Eine systematische Zusammenstellung wünschte damals auch der sozialdemokratische Abg. Fischer. Ich bin diesem Wunsche nachgekommen. Um den Verdacht der Parteilichkeit zu vermeiden, ist immer die Quelle im Einzelbericht angegeben. Wenn die Aeußerung eines schwäbischen Beamten über die Furcht der Arbeiter, sich an die Gewerbe-Inspektoren zu wenden, nicht zifirt ist, so deshalb, weil dieser Beamte keine Einzelbelege für seine Behauptung beigebracht hat. Auch lautete diese Aeußerung des schwäbischen Beamten anders, als der Abg. Wurm angegeben hat. Der schwäbische Beamte hat nur darauf hingewiesen, daß die Arbeiter jetzt Beschwerdelassungen gebildet hätten, um die früheren Unzulänglichkeiten der Einzelbeschwerden zu verhüten. Ich halte es ebenso wie der Abg. Wurm für unwürdig, wenn die Unternehmer durch Manipulationen die Aufsichtsbeamten zu täuschen suchen. Hierfür ist Strafe nötig, und ich weiß, daß der Handelsminister den Justizminister gebeten hat, die preussischen Gerichte entsprechend anzuweisen. Der sanitäre Maximal-Arbeitszeit ist diesmal das eigentliche Thema der Berichte gewesen. Ich bin gewillt, diese Frage in sehr ernster Erwägung zu nehmen. Was die Ausdehnung der Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf solche Arbeiter betrifft, die in nicht fabrikmäßigen Betrieben mit Motorenbetrieb arbeiten, so liegt, wie die Sachverständigen wissen, die Frage sehr schwierig. Doch hoffe ich, daß über eine allgemeine Richtungslinie sich die Regierungen verständigen werden. Wie werden in unserer Forderung für die Arbeiterklasse nicht erwidern, werden uns aber durch nervösen Dilettantismus nicht zu gesetzgeberischen Maßregeln treiben lassen, die wir für unpraktisch halten. (Beifall rechts.)

Abg. Hgster (Soz.):

Was die Gewerbe-Aufsicht anlangt, so möchte ich betonen, daß das Verhältnis zwischen Aufsichtsbeamten und Arbeitgebern nicht so ist, wie es eigentlich sein sollte. Es sind da Vorfälle zu verzeichnen, aus denen hervorgeht, daß die Revision der Aufsichtsbeamten so gut wie illusorisch gemacht wird. In einer ganzen Reihe von Fällen ist nachgewiesen worden, daß der Fabrikbesitzer von dem Erscheinen der Beamten vorher Kenntniz erhielt; natürlich ist dann dafür geforgt worden, daß dieser nichts zu sehen bekam. Die außerordentliche Toleranz der Gerichte Arbeitgebern gegenüber ist ja bereits genügend hervorgehoben worden. Es macht sich eben auch bei den Richtern immer mehr und mehr die Empfindung bemerkbar, daß sie Angehörige der herrschenden Klassen abzurtheilen haben. (Sehr richtig! links.)

Es ist ein alter Streitpunkt, ob dieser und jener Betrieb unter die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung fällt oder nicht. Selbst die Hochgerichte sind über die Begriffsbestimmung der Fabrik nicht einig. Bei dieser Unsicherheit in der Definition wäre die einzig richtige Konsequenz, alle diejenigen Betriebe, die irgendwie über den Rahmen des geringfügigsten Kleinhandwerks hinausgehen, unter die Arbeiter-Schutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung zu stellen. So lange dies nicht geschieht, wird der Klein-Gewerbetreibende immer eine Dürstertablette haben, um sich dem Gesetze zu entziehen. In nächster Zeit muß hierin etwas geschehen. Wenn wir aber hören, daß das jetzige Tempo der Sozialreform das normale ist, dann werden wir noch lange auf die Erfüllung unserer Wünsche warten können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Redner berührt das Gebiet der Arbeiterhygiene und findet es unbedeutend, wenn alle Kräfte erklären, sie könnten nicht entscheiden, ob eine Krankheit die unmittelbare Konsequenz des Gewerbebetriebes sei oder nicht. So jung die Disziplin der Gewerbehygiene auch ist, so fest sind doch ihre Grundlagen. Aber gerade hierbei tritt die Abhängigkeit eines großen Theils der Kräfte vom Kapital klar zu Tage. Auf diese Abhängigkeit wirkt besonders die Ueberfüllung des ärztlichen Berufes mit ein. Die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften fühlen sich als Beamte und nicht als objektive Beurtheiler. Die Heilanstalten der Berufsgenossenschaften dienen bald nur noch dem Zweck, die Renten zu brücken. Wenn gefagt wurde, wir seien in Deutschland besonders weit voran in der Sozialgesetzgebung, so frage man doch einmal die englischen oder amerikanischen Arbeiter, ob sie mit den deutschen Arbeitern tauschen wollen; sie werden sich schon bedanken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberathung wird hierauf vertagt.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung.
Schluß 5 1/4 Uhr.

Der Fall Zietzen

wurde gestern vor dem Ober-Verwaltungsgericht lebhaft erörtert. Der Schauspiel-Direktor Samst von Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater beabsichtigte im Jahre 1897 ein Drama „Das Recht“ von einem Herrn Hermann Haas aufzuführen. Am 8. Dezember desselben Jahres wurde ihm jedoch vom Polizeipräsidenten die öffentliche Aufführung des Stückes mit der Begründung untersagt, daß davon eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten wäre. In dem Stücke wird ein Restaurateur Ziegler unschuldig wegen Gattenmordes zum Tode verurtheilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Nur durch einen Zufall kommt schließlich heraus, daß er unschuldig und daß der eigentliche Mörder sein ehemaliger Hausdiener Karl ist. Ziegler geht dann, unterstützt von einem Amerikaner, mit seiner Geliebten nach Amerika. Im Laufe der Handlung hält ein Anwalt in dem Stücke große Reden gegen Justizirrtümer; auch plädiert er für die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. In dem Inhalt des Schauspiels erblickte der Polizeipräsident eine tendenziöse Verwerthung des Falles Zietzen, dessen öffentliche Darstellung geeignet wäre, das Publikum außerordentlich zu beunruhigen. Auf die Klage des Herrn Samst hob in dessen der Bezirksauschuss die Verfügung des Polizeipräsidenten wieder auf. Der Polizeipräsident legte nunmehr die Verfügung ein. Sein Vertreter vor dem Ober-Verwaltungsgericht suchte das Verbot hauptsächlich mit Hinweisen auf die Agitation zu Gunsten des Barbiers Albert Zietzen zu rechtfertigen. Diese Agitation gehe vor allem von Berlin aus und sei hier in letzter Zeit ganz besonders von Gldy, dem sich die Anarchisten an die Moskaföhe gehängt hätten, wieder in Schwung gebracht worden. Dann habe sich die Presse viel damit beschäftigt, namentlich habe der „Vorwärts“ in Dutzenden von Aufsätzen den Standpunkt vertreten, daß Zietzen unzweifelhaft unschuldig verurtheilt sei. Hieraus lasse sich der Schluß ziehen, daß die Genossen“ die Aufführung des Stückes zu einer „großartigen Demonstration“ benutzen und in Schwärmen nach dem — Friedrich — Wilhelmstädtischen Theater ziehen würden, zumal in dem Stücke gerade ein

Rechtsanwalt in den schärfsten Ausdrücken unsere Justizpflege kritisiert. Man sieht, daß der Polizeipräsident sich im Reiche der Phantasie heimlich fühlt als auf dem Boden der Thatsachen, auf dem ihn unser Parteigenosse Stadthagen in seiner bekannten Gerichtsverhandlung vom 7. Oktober v. J. zitiert hatte. Die Folge aller dieser Ausschüsse, so schloß der Polizeipräsident, wäre eine Verrückung unserer Kreise. — Rechtsanwalt Rosenfeld als Vertreter des Direktors Samst bestritt, daß das allerdings sehr geschmacklos sei. Er sei in Deutschland an über 100 Bühnen mehr als 1000 Mal aufgeführt worden; ein paar Mal auch in Kiel, und nirgends habe die öffentliche oder innere Ordnung darunter gelitten. — Der Kommissar des Ministers des Innern, Regierungsrath Kaug, bekämpfte das Urtheil des Bezirksauschusses in der gleichen Weise wie der Vertreter des Polizeipräsidenten. Er berief sich auf Vorstellungen der Erlaßführung im königlichen Theater am Gärtnerplatz in München, die in der Allgemeinen Zeitung und in der Germania erschienen sind und worin „Das Recht“ zu der rohen Gattung der dramatischen blutdürstigen Schauerdramen gerechnet wird. Im Anschluß hieran meinte der Regierungsrath, der „Vorwärts“ und ähnliche Blätter würden schon bei einer öffentlichen Aufführung in Berlin für das „richtige Publikum“ sorgen.

Vorher Regierungsrath und Polizeipräsident und solche geradezu beleidigenden Geschmacklosigkeiten vorwerfen, sollten sie sich doch vergewissern, ob sie auch verantworten können, was sie sagen. Und da erfragen wir sie denn dringend, uns doch aus den in unserer Blatte gebrachten Theaterkritiken Beispiele anzuführen, woraus zu entnehmen ist, daß wir die widerwärtigen Produkte der von Herrn Samst gepflegten „Kunstgattung“ jemals anders als mit den schärfsten Worten gerügt haben. Sonst mag man über uns reden, was man will, aber unsern guten Ruf in Fragen des künstlerischen Urtheils möchten wir uns denn doch nicht gerne verunglimpfen lassen. Also Beweise, meine Herren; Sie wissen doch, was Sie Ihrem Namen schuldig sind!

Leber den weiteren Verlauf der Verhandlung ist noch zu sagen, daß Herr Rechtsanwalt Rosenfeld in seiner Erwiderung darauf hinwies, daß das Stück garnicht in Preußen, sondern in Oesterreich spiele.

Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts fällte folgendes Urtheil: Die Art und Weise, wie in dem Stück der Irrthum der Geschworenen über die Thatsache dazu benutzt wird, die ganze Rechtspflege herabzusetzen, macht es ungeeignet, öffentlich aufgeführt zu werden, ganz abgesehen von der Gefährdung der äußeren Ordnung. Die Entscheidung des Bezirks-Auswahles ist deshalb aufzuheben und das Verbot für berechtigt zu erklären.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Januar 1899, Nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 1/2 Uhr.

In die Schuldeputation sind die Stadtv. Alb. Schülze, Jden und Dr. Preuß gewählt.

Dem Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Herabsetzung des Tarifs der Wasserwerke gehören unter Anderen die Stadtv. Bruns und Singer an; in den Ausschuss für die Anlage dreier neuer Straßen auf dem Terrain der Lagerhaus-Gesellschaft auf der Tegelerstraße ist unter Anderen Stadtv. Bernau deputirt.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl von fünf Mitgliedern für den am 23. und 24. Januar er. in Berlin tagenden Städtetag. Vorge schlagen sind: Dr. Langerhans, B. Gerde, Meyer, Kallisch, Singer, Gerstenberg, Spinoia, Salge, Schwalbe und Virchow.

Vor der Wahl erklärt Stadtv. Spinoia, daß er, Salge und Gerstenberg eine Wahl auf keinen Fall annehmen werden.

Die Wahl erfolgt mittels Stimmzettel. Die Vorlagen 1) wegen Verkaufes eines Grundstücks in Kleinbeeren, 2) wegen Befreiung des Ausstellungsbauwerkes des Vereins für Feuerbestattung im Treptower Park, 3) wegen Bewilligung eines Ehrenpreises an den Verein Berliner Geflügelzüchter „Fortuna“ werden ohne Debatte genehmigt.

Nach Verlauf einer Viertelstunde wird das Ergebnis der Wahl verkündet. Es haben erhalten: Dr. Langerhans 87 Stimmen, E. Gerde 58, Meyer 60, Kallisch 78, Virchow 58, Schwalbe 10, Singer 89 Stimmen.

Zu Mitgliedern des Städtetages sind daher die fünf Erstgenannten gewählt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Lokales.

Vierter Wahlkreis Südost. Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Urania“, Wrangelstraße 9-10, für den Bezirk Südost eine Volksversammlung statt, in welcher der Genosse A. Frohme über die Arbeiter und die Reaktion sprechen wird. Die Genossen werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen. Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend 9 Uhr beginnt in der Ammenstraße 16 der Kursus in Geschichte (Geschichte vom 16. Jahrhundert bis auf die Jetztzeit, mit besonderer Berücksichtigung des geistigen Lebens). Vortrag des Schriftstellers Dr. Rudolf Steiner. Die Bibliothek wird um 8 Uhr geöffnet. Morgen Stiftungsfest im „Böhmischen Brauhause“ (siehe Inserat). Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Nachhändler.

Ein Beweis, wie viele Menschen trotz aller Errungenschaften der Kultur noch mit dem nothdürftig gestrickten Dasein vorlieb nehmen müssen, sind jene zahlreichen Frauen und Männer, die bei Ausrück der Nacht die Straßen durchziehen, einen Korb an der Hand oder einen Kasten um den Hals gehängt. Die Frauen haben in ihren langen Körben meist kleine Sträußchen, Apfelsinen oder Nussknospen. Die Männer handeln nicht mit kleinen Industrie-Artikeln wie: Rattigbüchern, Portemonnaies, Taschentüchern, Taschentüchern und Ansichtskarten. Ihr Absatzgebiet sind die Tanzlokale, Vereinsversammlungen und besonders die Lokale der Friedrichstadt und die Stammtische der Studenten und Bürger.

Da laufen sie nun in Schnee und Regen, Sturm und Kälte von Lokal zu Lokal, um ihr bißchen Waare anzusehen und zum Schluss vielleicht ein bis zwei Mark verdient zu haben. Und selbst dies wenige wird ihnen noch geschmälert. Denn viele Wirthe lassen den Hausierer nicht in Lokal seine Waare ausbieten, der nicht wenigstens ein Schnapschen getrunken hat. Um das Publikum zum Kaufen anzureizen, lassen viele der Nachhändler auch ihre Waare auswärzeln. Wenn sie gerade Pech haben, wird dabei ihr schon so kleiner Verdienst noch geringer. So kommt es denn, daß sie in ihren dürftigen Kleidern, durchnäßt und müde, oft in fröhliche, vor Verschwendung übermüthige, überfällige Gesellschaften geraten. Wie nun alle Degenerierten keine erste Sache erfassen können und sich mit billigen Dingen über Alles hinwegsetzen, so auch sie. Hier einige Beispiele dafür:

In ein Lokal einer Buchhandlung in dem berühmten Viertel an der Wasserstraße kommt ein Mann, der die Schabigkeit seiner Kleidung durch saubere Wäsche und gemessene Bewegungen wegwäscht. Die Herren Studenten sind bereits in vollster, gelehrter Arbeit. Mehrere Vorklinger eben die Klangleistung eines wissenschaftlich gebildeten Menschen, mit einem Rudel stürzen sie den ganzen Inhalt eines vollen großen Seidels in den Hals hinein.

Der Händler legt einige Wädhchen Karten auf die Tische. Wecheiden wartet er ab, bis sie ihn wieder heranziehen und ihn fragen — was eine Karte kostet. Zehn Minuten hat er gewartet. Wenn er eine Karte verkauft, hat er fünf Pfennige verdient. Nun, immer noch besser als nichts! Aber da sagen sie, sie wollen lieber seine. Und unter großem Gelächter über den kapitalen Witz muß der Händler wieder seine Karten einstecken. Ein seiner Witz ist es auch, wie es manchmal vorkommt, einzelne Karten in Bier zu tauchen und dann, zwischen den anderen, wieder zurückzugeben. ...

In den im Keller liegenden Regalbahnen rollen die Kugeln und poltern der Regel. Das Geräusch der Regalbahnen wird plötzlich von Gejubele unterbrochen. „Mutter Kranzler! Mutter Kranzler!“ Die Frau mit Kuchen und Salzbrezeln ist erschienen. Der Spähmacher des Klubs, der diese Fabrikant, denäht seinen Zeigefinger mit Speichel und tippt auf alle Nussknospen, sodah der Finger deutlich zu sehen ist. Mutter Kranzler muß dazu lächeln, sonst lauft ihr seiner was ab. Wenn ihr auch das Weinen näher ist als das Lachen, denn sie kann nun die übrigen Brezeln alle selbst essen.

Solche großen, erhabenen Witze müssen die Nachhändler immer über sich ergehen lassen. Jeder von ihnen kann die oben erzählten zu Duzenden ergänzen. Und wehe, wenn sie sich solcher Späße erwehren! Die nur solch armer Kerl dazu kommt, auch Menschenwürde besitzen zu wollen! —

Auch eine Folge der „Nichtbestätigung.“ Einer Deputation der in städtischen Diensten befindlichen Militärämter, welche vor nunmehr Jahresfrist eine Beschwerde wegen angeblich unrichtiger Auslegung des Militärämter-Anstellungsgesetzes vom 21. Juli 1892 bei dem Oberpräsidium eingereicht hatten, die noch jetzt in der Ministerialinstanz schwebt, wurde der „National-Zeitung“ zufolge im Ministerium der vorläufige Bescheid zu theil, daß erst nach Installation des Oberbürgermeisters die Entscheidung erfolgen würde. Die Beschwerdepunkte der Militärämter sind sehr mannigfaltig und beziehen sich theils auf die Anstellung derselben überhaupt, theils auf die Beförderung der bereits Angestellten in besser bezahlte Stellen.

Bestrafung der Höflichkeit? Eine Nachricht, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, theilt die „Spandauer Korrespondenz“ mit: Eines Tages geht ein Zugfeldwebel vom Artilleriedepot Spandau in Begleitung einer jungen Dame durch eine verkehrsreiche Straße Berlins. Als höflicher Mann hatte er auf einen Augenblick den Mantel seiner Gefährtin über den Arm genommen. Pöplisch wurde er in militärischem Ton erufen: vor ihm stand der Stadtkommandant von Berlin, Generalmajor v. Ende, der ihn auf das unmillitärische seiner Haltung hinwies und seinen Namen feststellte. Der Zugfeldwebel wurde ein paar Tage nach diesem Zwischenfall von seiner vorgelegten Dienststelle in Spandau benachrichtigt, daß ihm der Stadtkommandant von Berlin drei Tage gelinden Arrest zudiktirt habe. — Wäre diese Nachricht richtig, dann müßten ja auch die Offiziersburichen, die mit Körben u. s. w. auf der Straße stolzieren, wegen „unmillitärischer Haltung“ ins Loch wandern. Ebenfalls würden die Offiziere, die sich gleich dem Feldwebel ihrer Damen annehmen bestraft werden müssen.

Der Vajillus der Sozialdemokratie im Schlächterladen. In einem unweit des Alexanderplatzes gelegenen Schlächterladen war die Meisterin eben dabei, das von einer Kundin gekaufte Fleisch in Papier einzuschlagen. Da fiel ihr prüfender Blick auf das Einwickelpapier und ganz erschrocken rief die Frau aus: „Wie, um des Himmels Willen, komme ich denn zu einer sozialdemokratischen Zeitung!“ Bei genauerem Hinsehen stellte sich das ominöse Stück Papier als eine Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ heraus. Aber warum erschrecken Sie denn so, fragte die Kundin, hat denn das Papier, auf welchem der „Vorwärts“ gedruckt wird, irgend eine schädliche Wirkung auf die Waare, die man darin einwickelt? Das nun gerade nicht, meinte die Schlächterfrau, aber wissen Sie, ich muß mit dem Papier sehr vorsichtig umgehen. Verschiedene Beamte des Polizeipräsidiums gehören zu meinen Kunden, und schon öfter hat mich ein höherer Beamter darauf aufmerksam gemacht, daß ich ja keine sozialdemokratischen Zeitungen zum Einwickeln verwenden möge, denn das könne für die Beamten, in deren Wohnung ein solches Blatt kommt, Nachtheile im Gefolge haben. — Sprachs und durchsuchte sorgfältig ihren Materialvorrath nach weiteren Exemplaren des gefährlichen Papiers, damit nicht der sozialdemokratische Vajillus auf dem Umwege durch den Schlächterladen in das treue Gemüth eines braven Polizeibeamten eingeschmuggelt werde.

Die Gesellschaft Normalzeit schreibt uns: In den letzten Tagen hat die zentrale Regulierung in Berlin mannigfaltige Störungen durch die außergewöhnlichen Wind- und Feuchtigkeitverhältnisse erlebten. Es wird in Zukunft sicher gelingen mit Hilfe der schon im Gange befindlichen Erziehung der längeren oberirdischen Leitungen durch unterirdische, auch gegen solche Störungen Abhilfe und Sicherheit zu verschaffen.

Die Tollwuth-Schutzstation beim Köchischen Institut haben gestern drei Personen aus Barmen aufgesucht, die 20 und 19 Jahre alten Wädergesellen Michael Koller und Anton Geiner und die 17-jährige Dienstmagd Katharina Jaimer. Alle drei sind auf dem Gehäuf ihres Wädemeisters und Dienstherrn in Barmen gebissen worden, der dann davonstief und in Niederalm in Oesterreich als tollwuthverdächtig erschossen wurde. Nachdem in einer Hierarchie die Tollwuth bei dem getödteten Hunde festgestellt worden war, reisten die Gebissenen unzugänglich nach Berlin ab, um die Hilfe der Station in Anspruch zu nehmen. Hiermit hat die Zahl der Patienten 150 erreicht. Die letzten vor den drei Barmern sind ein Leutnant von M. und sein Diener, die auf dem Landgute des Offiziers von einem tollwuthranken Hunde gebissen wurden.

Herr J. Gläd, der ehemalige Direktor des hiesigen Apollotheaters ist von der Apollotheater-Gesellschaft zu Düsseldorf zum Direktor des Neuen Apollotheaters in Düsseldorf erwählt worden. Direktor Gläd tritt seinen neuen Posten am 1. Juli an.

Während seiner Berufstätigkeit wurde gestern Mittag gegen zwei Uhr der Anomalier Herr Max Halberstädter vom Schloße getroffen. Er war gerade bei der amüslichen Kurzweiligkeit beschäftigt, als er plötzlich todt zusammenbrach.

In den Waarenerschälen in dem Jandorf'schen Kaufhaus am Spittelmarkt erfahren wir folgende Einzelheiten. Am verfloffenen Montag erschien in dem Jandorf'schen Waarenhaus in der Wellenstraße eine Frau und theilte dem Geschäftsführer H. mit, daß ein früherer Hausdiener Theodor Mayer oft mit großen Paketen nach Hause gekommen sei. Da er außerdem beim Umzuge große Kisten aus dem Keller geholt und in seine Wohnung geschafft habe, so vermüthe sie, daß er in seiner früheren Thätigkeit große Diebstähle verübt und später Hehlerei betrieben habe. Der Geschäftsführer veranlaßte sofort eine Hausdurchsuchung bei Mayer, die denn auch ein ganzes Waarenlager: Trifolagen, seidene Halstücher, Taschentücher zu Duzenden verpackt, wolkene Kleidungsstücke und Rippesachen zu Tage förderte. In dem eingehenden Verhör legte M. nach und nach ein umfassendes Geständniß ab. Als seine Helfershelfer gab er einen Hausdiener an, der schon fünf Jahre bei Jandorf beschäftigt war und sich in so hohem Maße das Vertrauen erworben hatte, daß ihm die Schlüssel über die anderen Hausdiener übertragen wurde. Der Vertraute wurde der Hauptschuldige, indem er nicht nur selbst stahl, sondern auch dem Ausgehenden Mayer's aus dem Geschäft mit noch drei anderen Hausdienern für Mayer, der die Rolle des Hehlers übernahm, Diebstähle beging. Einer der Beteiligten war Kabfahrer des Geschäftes. Ihm pasten die Anderen in den Kisten hinein, was sie weggeschaffen wollten. Kleinere Sachen, die leicht unter den Kleidern zu verbergen waren, nahm ein jeder für sich mit, daher forderten die Hausdurchsuchungen auch noch vier kleinere Lager zu Tage, die jeder Dieb für sich in seiner Wohnung angelegt hatte, durchweg Speziallager in Soden, seitlichen Läden etc. Die fünf Diebe, die bis jetzt überführt sind, wurden verhaftet und sofort dem Untersuchungsrichter in Moabit vorgeführt. Gestern Vormittag fanden vor

dem Kriminalkommissar Lazar weitere Vernehmungen statt. Ob das Verfahren noch größere Kreise ziehen wird, sieht noch dahin.

In die Fluthen der Obersee ist gestern gegen sechs Uhr die 19-jährige Chansonette Gulda B. gesprungen. Das junge Mädchen, das bis vor Kurzem in einem Weizenaren-Geschäft beschäftigt war, hatte eine kleine Grabschast gemacht, die ihr die Möglichkeit bot, ihrer Vorliebe für die Bühne zu folgen und Gesangsunterricht zu nehmen. Als jedoch kurz vor Weihnachten ihre Geldmittel zu Ende gingen und so das weitere Studium unmöglich wurde, mußte sie in einem Chantant als Lieberlängerin auftreten. Da sie sich jedoch an die Lebensweise ihrer Kolleginnen nicht gewöhnen wollte, wurde sie in der vorigen Woche bei ihrem Auftreten ausgezifcht und verlor dadurch ihre Stellung. Völlig mittellos suchte sie wieder in einem Geschäft Stellung, doch fand sie keine. Gegen sechs Uhr Abends bemerkte Passanten, wie unweit der Stralauer Dorfschule eine Frauensperson in den Strom sprang. Es gelang, schnell ein Boot flott zu machen und die Unglückliche zu retten. Die Lebensmüde wurde nach einem Berliner Krankenhaus übergeführt.

Im sozialwissenschaftlichen Studentenverein wird Prof. Adolph Wagner am Freitag, den 20. Januar, einen Vortrag über „Fragen des Steuerreform“ halten. Der Vortrag findet in dem Lokal des genannten Vereins, im Hause des Handwerkervereins C, Sophienstr. 15, statt; Beginn gegen 7 1/2 Uhr.

Urania. Am Freitag findet im Hörsaal der dritte Vortrag des Ethnologen Dr. A. Hellmann über Völkerkunde statt. Das Thema behandelt die Kleidung, den Schmuck und die Verornung der Wilden. Neben dem Kolonialhaus Antelmann hat dem Vortragenden diesmal auch die Vermittlung der königlichen Sammlungen ihre Schätze zur Verfügung gestellt. Eine große Anzahl von Projektionsbildern wird dem Vortrag wesentlich erleichtern helfen. Im Anschluß an den Vortrag finden an den beiden folgenden Sonntagen Exkursionen nach dem Völkerkunde-Museum statt.

Mit einem neuen Ausstattungsvortrag trat gestern Mittag Herr Dr. A. Schwan in wissenschaftlichen Theater der Urania hervor. Das neue Stück schließt unter dem Titel: „Das Land der Fjorde“ eine Reise nach Norwegen. Zu unserer Freude können wir konstatieren, daß die Urania, die in der letzten Zeit in ihren Ausstattungsvorträgen von einer gewissen Eintönigkeit nicht ganz frei war, mit dem neuen Stücke eine nach jeder Richtung hin vortreffliche Leistung hervorgebracht hat. Sowohl im Gehalt des erläuternden Vortrages als in der Szenerie zeigte sich die Urania von ihrer besten Seite; ja es läßt sich sagen, daß einzelne der vorgeführten Bilder von einer bisher kaum gesehenen Schönheit waren. Wir nennen da das Wandelbild „Fahrt durch die Schären bei Stavanger“, ferner die Bilder „Der Fjords bei Abenddämmerung“, „Obde“, „Im Thal des Quargletschers“, das Noröthel, die Rundfahrt auf dem Sognefjord, den Euphologletscher, die Lofoten und das Nordlap im Saehne der Ritterschiffen. Die Aufstellung dieser Szenerien läßt schon erkennen, daß sowohl die eigentliche Fjordlandschaft, die erhabene Verfassung von Meer und Hochgebirge, als auch die Natur im Innern des seltsamen Landes auf der Nordlandsfahrt der Urania vollumfänglich gewürdigt worden ist. Wir sind überzeugt, daß der neue Ausstattungsvortrag in Arbeiterkreisen gebührende Anerkennung finden wird.

Theater. In Sudermann's neuem dramatischen Gedicht „Die drei Reiter“, dessen erste Aufführung im Deutschen Theater am Sonnabend, den 21. d. M. stattfand, sind die Hauptrollen wie folgt besetzt: Die Königin von Sannland: Teresina Wehner; der junge Prinz ihr Sohn: Dr. Voltz; später: Julius Wehndörfer; Emma Goldsch, ihre Dienerin: Elise Reim; Coelestin, der Rofordorn: Emanuel Reicher; der Roford: Max Reinhardt; Widwof, der Herzog von Woford: Hermann Müller; Prinz Witte: Josef Kain; Hans Vorbach, dessen Knecht: Hermann Ritten; Stalk, Oskar, Woll, Kammern des Herzogs: Adolf Kuch, Bruno Jener, Emil Ludwig; die Begnadichfrau: Louise Dumont; Mikas, ein Bauer: Richard Valentini; ein alter Fischer: Paul Schweitzer. Diese Vorstellung läuft ausnahmsweise um 7 Uhr an. — Am dem „Umland-Abend“, der am Sonntag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerloale des Rathhauses stattfindet, wirken von Mitgliebern des Schiller-Theaters Alwine Wied, Ewald Bach, Max Laurence und Georg Parfische mit.

Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. Die aus Bauhandwerkern bestehende Jigener-Lokalle Schöneberg veranstaltet am Sonntagabend bei Mering in der Steglitzerstraße einen Maskenball, wozu auch in Arbeiterkreisen Karten vertrieben werden. Das betreffende Lokal ist gesperrt. Die Lokalkommission von Schöneberg.

Johannishat-Nieder-Schöneweide. Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins zur Kenntniß, daß die nächste Versammlung am Sonntagabend bei Vastian stattfindet. Es wird ein Vortrag gehalten. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Jahre eine Verneuerung der Wahl der Gemeindevertreter für unseren Ort stattfinden soll. Es werden wahrscheinlich (aus der Veranlassung des Gemeindevorstehers ist dies nicht ersichtlich) auch in der 3. Abtheilung ein oder zwei Gemeindevertreter neu zu wählen sein. Ueber die Wahlbetheiligung unserer Partei wird sich eine demnächst stattfindende Volksversammlung aussprechen. Ich ersuche jedoch die Parteigenossen, schon jetzt sich zu überzeugen, ob sie in den Gemeinde-Wählerlisten eingetragen sind. Für solche Personen, denen es an Zeit mangelt, die Listen einzusehen, sind folgende Genossen bereit, dies zu thun: Heinrich Klingenberg, Volksgarten; Gottfried Müller, Sigmaringenstr. 34; Georg Kraft, Pariserstraße; Otto Kerre, Falzburgerstr. 67. Ehrensache eines jeden Wählers ist es, sich davon zu überzeugen, ob er in den Wählerlisten eingetragen ist; die Listen liegen bis zu Ende d. M. im Rathhause aus.

Die Wohnungsnoth in Charlottenburg. In einer Volksversammlung am 17. Januar, Abends in Greivolds Gesellschaftshaus in Charlottenburg sprach Dr. A. Bernstein über die in Charlottenburg herrschende Wohnungsnoth. Aus seinem eingehenden Berichte ging hervor, daß in der That ein Nothstand vorhanden ist, der zu den schwersten Bedenken Veranlassung giebt, wenn nicht schleunigst Maßregeln zur Abhilfe getroffen werden. Einstimmig angenommen wurde folgende Erklärung: „Die heute nach dem Gesellschaftshause einberufene Volks-Versammlung beschließt: In anbetragt, daß die gegenwärtig in Charlottenburg herrschende Wohnungsnoth in sozialer, sittlicher und hygienischer Beziehung die schwersten Schäden für das ganze Gemeinwesen herbeizuführen geeignet ist, ersucht es dringend nothig, daß seitens der städtischen Behörden unverzüglich die erforderlichen Mittel zur Anwendung gelangen, den Nothstand zu beseitigen. Als ein solches Hilfsmittel dürfte sich vor allen Dingen empfehlen, die noch nicht kanalisirten Theile der Stadt schleunigst an die Schwemmanalation anzuschließen, damit neue Straßenzüge daselbst angelegt und Wohnhäuser nach Bedarf erbaut werden können. Die Versammlung wendet sich zu diesem Behufe an die Stadtverordneten-Versammlung mit dem Ersuchen, den Magistrat aufzufordern, die hierzu erforderlichen Arbeiten schleunigst in Angriff zu nehmen.“

Charlottenburg. Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung beschloß des Weiteren, die Aufstellungen für die Straßenreinigung, die Parkverwaltung und die Feuerwehre wieder dem bisherigen Unternehmer, dem Fuhrherrn Richard Beckl, auf ein Jahr mit der Maßgabe zu übertragen, daß der Stadtgemeinde drei Monate vor Ablauf des einen Jahres die Option auf weitere zwei Jahre unter denselben Bedingungen zustehen soll. Von der Uebernahme der Aufstellungen in eigene Regie hatte der Magistrat bereits früher abgesehen, und er hat sich auch jetzt nicht dazu entschließen können, obwohl der Unternehmer seine Forderungen von 66 400 auf 102 780 M. erhöht hat. — Einem Ansuchen überwiegen wurde die Vorlage betreffend den Bau einer elektrischen Untergrundbahn, wobei es sich um die von der Firma Siemens und Halske anzuführende Unterpasterbahn vom Kollenderplatz bis zum Stadtbahnhof Zoologischer Gärten und weiter bis zum Wilhelmshagen handelt. — Eine längere Debatte entspann sich über die Vor-

Lage betreffend den Bau und den Betrieb des städtischen Elektrizitätswerkes. Die zur Vorberatung eingesetzte gemischte Deputation hat das Angebot der Firma Siemens u. Halske zurückgewiesen und das der Firma Lahmeyer u. Co. in Frankfurt a. M. bevorzugt. Verschiedene Redner sprachen sich für nochmalige Kommissionsberatung aus, u. A. unser Genosse V e h e r, der der Befürchtung Ausdruck gab, die Frankfurter Firma könne sich eventuell chinesischer Stills bei dem Bau des Werkes bedienen und so die heimischen Arbeiter um eine Arbeitsgelegenheit bringen. Das schließliche Resultat der Debatte war die Annahme der Vorlage. Freeds Redigirung der Vorlage erhielt der Magistrat die Ermächtigung, einen schriftlichen Vertrag aufzuziehen unter Hinzufügung seines zu Mitgliedern der Stadtverordneten - Versammlung bestehenden Redaktionsausschusses von fünf Mitgliedern. - Endlich nahm die Versammlung noch einen Antrag auf Verstärkung der Zahl der Mitglieder des Wahlausschusses um zwei Mitglieder debattirlos an. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime.

Zwei Fahrraddiebe sind in Charlottenburg festgenommen worden. Bei dem Fabrikanten Pläß in der Wisnarsstr. 23 hatten Diebe nach einem vergeblichen Versuche, durch die Kellertreppe einzudringen, die Thür erbrochen und Herrenräder und ein Frauenrad im Werte von 800 M. gestohlen. Einer der Spieghuben hatte sich einen Finger verletzt und Blutspuren hinterlassen. Der Verdacht fiel auf einen Arbeiter Georg Leug, der früher bei Pläß beschäftigt war. Die Kriminalpolizei erwißte diesen und brachte ihn auch zum Geständnis. Ein Freund von Leug, der „Schmiede gestanden“ hatte, wurde ebenfalls verhaftet. Bei ihm fand man in der Wohnung, Kammern etc., die beiden Herrenräder, die auseinander genommen waren. Das Frauenrad hatten die Eindrehler in Berlin für 60 M. bereits verkauft.

Einem Entwurf neuer städtischer Einmischungsbestimmungen hat der Verein selbständiger Handwerker zu Schöneberg ausgearbeitet. Der Entwurf soll dem Magistrat und den Stadtverordneten zur Annahme unterbreitet werden. Hält er sich nun auch im Allgemeinen in den Grenzen des Verständlichen so muß doch gegen einzelne Paragraphen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Schönebergs energisch protestirt werden. Zum besseren Verständniß lassen wir die wichtigsten Punkte folgen: § 2 Die Eröffnung der eingegangenen Offerten soll in Gegenwart der Bewerber erfolgen. § 5. Um den unzulässigen Unternehmungen vorzubeugen, soll nicht immer derjenige den Zuschlag erhalten, der den geringsten Preis fordert, namentlich dann nicht, wenn ein ungebührlich hoher Aufwand von den übrigen Angeboten sich zeigt und die Preisforderung in offenbarem Mißverhältnis zu der Arbeit und Lieferung steht. In diesem Falle soll unter den drei geringsten Angeboten derjenige den Zuschlag erhalten, bei dem die Gewähr vorhanden ist, daß er eine gute Arbeit oder Waare liefert. § 8. Soweit die auszuführenden Arbeiten nicht dringender Natur sind, sollen dieselben in die stille Zeit der betreffenden Gewerbe gelegt werden und die Lieferung und Ausführungszeit, soweit es angeht, ausreichend bemessen werden. § 13. Beim Eintreten allgemeiner Arbeitsverhältnisse oder Streiks ist der Unternehmer, solange dieselben andauern, von der Fortführung seiner Arbeiten zu entbinden. Unsere Schöneberger Stadtverordneten werden bei der Verathung dieser eigenartigen Bedingungen nicht verfehlen, besonders den § 13 auf seinen wahren Werth zu prüfen.

Der Kreisaußschuß von Telow, Bredkow, Storkow hat auf Grund des § 18 des Viehsteuergesetzes für das Jahr 1899 folgende Personen zu Schiedsmännern ernannt: Nietzer und Götsch zu Schöneberg; Jania, Schudoma und Niemiß zu Risdorf; Anderßen und Mühl zu Köpenick; Dehler, Mariendorf, Warggraf, Dr. Richter, Felde; Gottfr. Hagen, Rowaves; E. Ring, Döppel; Michow und Lehne, Tempelhof; Falkenstein und Wehlitz, Wilmersdorf; Dubrow und Jtmow, Zehlendorf, und Kühn und Mitschick, Jossen.

Die Kühnheit der ultramontanen Presse tritt recht deutlich in einem Artikel hervor, den die „Märk. Volksztg.“ in diesen Tagen über die Schulzustände in Pankow gebracht hat. In diesem Ort sind unter 4500 Schülern 70-85, die katholisch getauft und katholischen Religionsunterricht erhalten. Und da verlangt das Blatt

im vollen Ernst eine Schule auf Kosten der Gemeinde gebaut! Der Artikel der katholischen Zeitung schließt mit den Worten: Alle Vorbereitungen für die Gründung einer eigenen katholischen Schule, eines katholischen Schulsystems sind also gegeben. Sache der katholischen Eltern in Pankow wird es sein, auf die Erfüllung ihrer gerechten Forderungen zu dringen, also zunächst in einer Eingabe bei der Gemeindebehörde von Pankow um die Gründung einer katholischen Schule in Pankow vorstellig zu werden. Wegen dieser Agitation herrscht selbst in den katholischen Kreisen der Bevölkerung nicht geringes Versehen. Denn man muß wissen, daß unter den 1000 Katholiken, die in Pankow wohnen, zwar sehr die Meinung verbreitet ist, daß die Einpferdung der Gemeinde-Schulkinder durch den Bau neuer Schulhäuser beseitigt werden muß, daß aber nicht die geringste Neigung besteht, an der modernen Religionsverheugung, wie sie durch das gemeinshafliche Wirken der Liebesbrüder gelebt wird, irgendwie theilzunehmen. Das beste Zeugniß für den richtigen und allen Sonderbestrebungen abgeneigten Charakter der katholischen Bevölkerung ist wohl durch die letzten Reichstagswahlen erbracht worden. Denn unter den 1000 katholischen Einwohnern haben nur 85 für den Centrumskandidaten gestimmt. Wollen die Ultramontanen partout ihre eigene Schule haben, so mögen sie das Gebäude aus den eigenen Mitteln ihrer reichen Kirche errichten. Den Gemeindefiskus sollen sie aber hübsch in Ruhe lassen.

Aus Weiskene wird uns berichtet: Die Gemeindevorstände von Malchow, Lindenberg und Wartenberg, sowie die Anwohner und Interessenten der Becklerstraße zu Weiskene wollten bei der Großen Berliner Straßenbahn um Verlängerung der Veredebahnlinie Srittelmarkt-Weiskene bis Malchow einkommen. Sollten die Petenten in der Lage sein, zahlenmäßig nachzuweisen, daß bei dieser Sache für die Gesellschaft ein „anständiger“ Profit herauskäme, so dürften sie bei der bekannten Vorliebe der Straßenbahn-Gesellschaft für reale Dinge ganz gewiß Entgegenkommen finden. - Der hart an der Grenze Weiskene's, auf Berliner Gebiet liegende „Schleifhub“, der eine ständige Gefahr für die Kinder der Bewohner der angrenzenden Straßen bildet, wird jetzt endlich verschwinden. Der Fuhr-Unternehmer Rehner in Berlin, der mit der Zuhaltung des Fuhrbesitzes beauftragt ist, zahlt für die theilweise Verengung der zu Weiskene gehörigen Ortstraße an die Gemeindefasse des Ortes 200 M.

Das Munitionslaboratorium des Artilleriedepot in Spandau, das sich noch mitten in der Stadt befindet, soll nach Aufhebung der Festungsbatterie verlegt werden; als Bauplatz ist ein Stück Land in der Stadtförst in Aussicht genommen, welches die Stadt als Austausch für das jetzige Grundstück des Laboratoriums hergeben will.

Die Angehörigen dem Umwetter zum Cyper gefallenen beiden Söhne des Schiebsbuden-Besizers W. in Schildhorn leben. Die beiden jungen Leute, die man längst auf dem Grunde des Gatoner Sees glaubte, haben eine improvisirte Rettungsflucht nach Berlin unternommen, von der sie später wohlbehalten zurückkehrten. Das „Umwetter“ ist dann nach ihrer Rückkehr zu Hause über sie herein gebrochen.

Aus Treptow-Dammhulenberg meldet man uns: Dieser Tage wurden die Eheleute Görberg in tiefe Trauer veretzt. Ihre zehnjährige Tochter, die sich mit Schaulen verunglückte, verlor das Gleichgewicht und stürzte so unglücklich, daß sie nach Verlauf von vier Tagen an Gehirnerschütterung starb. - Seltsame Strafen verhängen einige Lehrer in der Gemeindefchule. Kommt einem Kinde außerhalb der Pause ein Bedürfniß an, so wird es zuweilen heruntergeleitet, wenn es sich diesertwegen beim Lehrer meldet. Es ist schon vorgekommen, daß die Kinder sich aus Furcht vor Strafe in der Klasse verunreinigten. Wie schädlich eine derartige Behandlung der Schüler ist, braucht wohl nicht erst ausgeführt zu werden.

Aus Alt-Glennede schreibt man uns: Was die hiesigen Gastwirthe unter Wankhaftigkeit verstehen, erweist man an dem Erfolg einer kuriofen Aufforderung, die man vor Kurzem an sie gerichtet hatte. Am 12. Februar feiert Herr v. Oppen, Amtsvorsteher und unheimlicher Förderer der Sozialdemokratie seines Zeichens, sein 20jähriges Dienstjubiläum. Die Aufforderung ging nun dahin,

daß die Gastwirthe dem Ortsvorsteher zu diesem Ereigniß eine Glückwunsch- und Dankadresse aufenden möchten. Und richtig erklärten auch alle Wirthe, bis auf einen, Ramens sah, sich zu dieser Puhldigung bereit, ungeachtet der Erinnerung an die Thatsache, daß sie allen möglichen Schereereien ausgelegt sind, sobald sie z. B. in der Versammlungfrage nicht nach der Pfeife des Amtsvorsehers tanzen. Die Wirthe haben wahrlich keine Ursache, Herrn von Oppen zu feiern. Anders liegt die Sache mit den Arbeitern! Die würden aus Erkenntlichkeit dafür, daß Herr v. Oppen sich Jahre lang als ein wenn auch untreuwilliger, so doch nicht minder erfolgreicher Förderer der Sozialdemokratie betätigt hat, sehr gerne am Jubiläumstage illuminiren und selbst vor einem Fackelzug nicht zurückzucken, wenn sie sicher wären, daß Herr v. Oppen sie in diesem Falle nicht abermals mit dem groben Unfug-Paragraphen befehlige!

Vermishtes.

In Laibach wurde Mittwoch Abend 9 1/2 Uhr ein ziemlich heftiger zwei Sekunden anhaltender Erdstoß verspürt; Schaden wurde nicht angerichtet.

Aus Warschau wird berichtet: Aus der Gouvernementsstadt Shtomsk wird gemeldet, daß in der Droguerie von Wilens eine furchtbare Vergin-Explosion stattgefunden hat. Das Gebäude wurde fast gänzlich zertrümmert, vier Angestellte des Droguerie-Geschäfts, ein Brandmeister, fünf Feuerwehrlente sind todt, der Polizeimeister und zwei Polizeikommissare erlitten Brandwunden.

Das Spielen mit Schusswaffen hat zu Rosenbergl (Ob.-Schl.) ein schweres Unglück hervorgerufen. Der 18jährige Sohn des Hausbesizers Rodmann beschäftigte sich mit einem Revolver und suchte mit diesem die Wohnung des Arbeiters Lufschel auf. In derselben traf er die Frau derselben, welche mit Platten beschäftigt war. Er wollte sie erschrecken, zielte auf sie, drückte ab und ein Schuß knallte. Die Frau fiel sofort tödtlich getroffen zu Boden. Die Kugel war ihr hinter dem Ohr in den Kopf gedrungen und beim Auge wieder herausgelommen. Der junge Mann hatte nicht gewußt, daß die Waffe geladen war.

Im Hafen von Antwerpen stieß der von Buenos-Aires gekommene deutsche Dampfer Harzburg auf das mit 200 Tonnen Getreide beladene Binnenboot Dorens und bohrte es in den Grund. Ein Arbeiter ertrank. Wenige Augenblicke nachher sank das Binnenboot Brasa nach einem Zusammenstoß mit einem Rheinboot, und etwa eine Stunde später prallte der Dampfer Harzburg noch einmal mit dem Bionerdampfer Torpille zusammen, wobei eine Petroleumlampe im Maschinenraum des letztern in Trümmer ging; Torpille stand alsbald in Flammen; die Soldaten an Bord wurden mit Noth gerettet.

Nach Meldungen aus Palermo dauerten die Ruhestörungen an der dortigen Universität fort; die Berichte hierüber gaben auch an der Universität zu Neapel Veranlassung zu Ruhestörungen.

Witterungsübericht vom 19. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Emmende	755	SW	3	Dunst	3	Saparanda	759	SW	1	wolkig	-24
Hamburg	755	SW	3	bedeckt	8	Peterzburg	-	-	-	-	-
Berlin	758	W	4	bedeckt	6	Loth	749	SW	1	4heiter	7
Wiesbaden	762	SW	1	wolkig	7	Aberdeen	740	SW	1	bedeckt	4
München	766	SW	2	2/3 bed.	4	Paris	762	SW	1	3/4 bed.	6
Wien	765	SW	3	bedeckt	7						

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. Januar 1899. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Freie Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Schuhmacher

(C. D. Nr. 27). 1396 Das Mittheilung
Curt Anst wird am Freitag, 20. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Engelstr. 109 aus nach dem St. Marien-Kirchhof in Wilmersberg beerdigt.
Das Mittheilung

Paul Wels ist am 18. d. M. im hiesigen Krankenhaus Moabit verstorben und wird von dort aus am Sonntag, 22. Januar, beerdigt.
F. Gge, Bori, Köhler, 12.

Thelle Allen, welche meinen ungeliebten Sohn Arthur gefasst haben, die traurige Nachricht mit, daß derselbe am 17. d. M. in der Charité am Scharlach verstorben ist. Die Beerdigung findet von dort aus nach dem Charité-Kirchhof am 20. d. M., Nachm. 3 Uhr statt.
Alex. Schaefer nebst Frau.

Danksagung. Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Sohnes, unseres guten Bruders
1316

Gustav Schröder erweist eine große Theilnahme u. Blumen spenden, insbesondere den Kollegen der Firma Dohly meinen herzlichsten Dank.
Wittwe Schröder und Geschwister.

Danksagung. Für die rege Theilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen meinen Freunden, Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
1458

Wwe. Altkmann. 1326

Danksagung. Für die zahlreiche Theilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Paters Emil Pluschke sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Kollegen unsern herzlichsten Dank.
Wwe. Pluschke nebst Kindern.

Fasen, Stückweise 2,50 M. gespickt 3 M.
Hirschfleisch 25, 30, 40 Pf.; Gänse, Hühner, Enten, Tauben billigst.
A. Ritschl, Dresdenerstraße 61, Wild- u. Geflügelhdl.

Betten, Stepp, Gardin, Vorhänge, Stühle, Wäsche, Wassebeden, Anzüge, Pelze, Winterpaletots, Regulate, Remontoir-Uhren, Opernal, verkauft spottbillig Pfandliche Reanderstraße 6.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin). Heute Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 20/21: Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, den 22. Januar, Vorm. 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Volksgangstrassen-Ecke: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Kasendenbericht vom 4. Quartal, Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, des Arbeitsvermittlers und der Berufskontrollkommission, Bericht des Bauvorstandes und der Delegirten vom Gantag, Erwählung für die Ortsverwaltung Wahl des Honorarvorstandes, Verbandsangelegenheiten
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
76/17 Die Ortsverwaltung.

Sonabend, den 11. Februar, in Keller's Juchfälen, Koppenstr. 20: Großer Wiener Maskenball.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, 22. Januar, Vorm. pünktlich 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c: General-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 4. Quartal 1898 und Jahresberichte derselben 2. Bericht der Revisoren 3. Wahl sämtlicher Ausschüsse, eines Reviseurs und der Theilkontrollen 4. Bericht des Bibliothekars und Revue der Bibliothek 5. Verbandsangelegenheiten.
NB. Die Mitglieder des Vereins werden aufgefordert, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.
S. A. Der Vorstand, F. Schutze, 129/1

Tischler-Verein.

Sonabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: Der Kampf gegen das Falschurtheim. Abrechnung vom Weihnachtsfest. Vereinskassenangelegenheiten. Damen haben Zutritt. Der diesjährige 193/2

Masken-Ball

findet am 11. Februar in den Andreas-Spizalen, Andreaskirche 21, statt. Einladungskarten sind in der Versammlung zu haben. Der Vorstand.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Volksversammlung.

Dienstag, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn E. Köllich (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120: Tages-Ordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Genosse Richard Fischer. 2. Diskussion. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei Cohn, Benthstraße 22, 1 Treppe: Erste ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichtangelegenheiten. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1898 und des am 27. November stattgefundenen Projekions-Vortrages. 3. Vortrag des Stadtverordneten Kamerad E. Obst. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. - In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet pünktliches und vollständiges Erscheinen der Mitglieder.
Zur Notiz! Die neu erweiterte Vereins-Bibliothek steht den Mitgliedern zur Verfügung. [257/1

Achtung! Textilarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 11 Uhr, im oberen Saale des „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c: Große öffentliche Versammlung

aller in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Tagesordnung: 1. Der Krefelder Streik. Referent: Kollege Karl Häbsch (Berlin). 2. Diskussion. In dem wir hierdurch die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Berlins herzlich einladen, machen wir es den Berufsangehörigen zur Pflicht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. 197/2
Das Agitationskomitee. F. A.: Franz Kotzko, Wartenburgerstr. 31

Mariendorf-Tempelhof-Mariensfelde.

Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 3 Uhr bei F. Zabell, Lindenstr. 106: Grosse Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung von der Kreisfontenenz Genosse Lammé 2. Bericht der Volkskommission und Stellungnahme zum Totalstreik 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
Zur Deutung der Unkosten 10 M. Entree.
Der wichtigen Tagesordnung halber ersucht um recht zahlreiches Besuch Der Vertrauensmann.

Achtung! Vereine.

Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt Ernst Lier, Alte Jakobstraße 119.

5000 M.

und mehr kann jeder Herr und jede Dame durch Uebernahme unserer Agentur (ohne Fachkenntnis, keine Verdienste) verdienen. (Lose) jährlich. Offerten unter, M. F. 37* poste restante Wien, Hauptpost.

Naturbutter, 10 Pf. Koll. M. 5,50, 1 Siemenhowig 3,80. Thustonkia Spitzer, S. Probuza, Gallien, 32495

Orts-Krankenkassend. Drechsler und verwandter Gewerbe. Sonntag, den 29. Januar 1899, Vormittags von 10-12 Uhr. Wahlversammlungen in den Armenhallen, Kommandantenstraße 20. I. Versammlung sämtlicher groß-jähriger Mitglieder der Kasse nach § 49 des Statuts bezugs Wahl von 143 Vertretern derselben pro 1899. II. Eine Versammlung sämtlicher Arbeitgeber der Kasse, welche Beiträge für die Mitglieder aus eigenen Mitteln zahlen, findet am 29. Januar 1899, Morgens 10 Uhr, in den Armenhallen, Kommandantenstr. 20, statt bezugs Wahl von 63 Vertretern derselben pro 1899. 1288 Für die Mitglieder legitimirt das Kassensbuch, für Arbeitgeber die legit. Entlohnung der Kasse aber gezeichnete Beiträge. Dienstag, den 21. Januar 1899, Abends 8 Uhr, findet in den Armenhallen, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung sämtlicher groß-jähriger Mitglieder der Kasse bezugs Aufstellung von Kandidaten zu Vertretern pro 1899 statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. F. A.: G. Viebusch, Vorsitzender. Zentral-Krankenkassend. Sterbefälle der Tagelöhner Deutschlands „Einkieker“, Filiale Berlin. Versammlung am Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei F. Lind, Weinsstraße 11. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1898. 2. Verschiedenes in Kasangelegenheiten. 54/1 Der Vorstand.

Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung fand Mittwoch Abend im Festsaal...

Die angeordnete Aussperrung der Drohschleusen seitens der Ringfuhrherren...

Die Vergolder hörten in ihrer Generalversammlung vom 16. d. Mts. zunächst den Jahresbericht...

Zentralverband deutscher Maurer. In der Generalversammlung der Filialen...

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger nahm in seiner Versammlung am 8. Januar den Bericht...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Am Montag, den 16. d. M. fand in Hantenbergs Saal...

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein Berlin und Umgegend hielt am 16. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab...

Eine stark besuchte öffentliche Banarbeiter-Versammlung, die am 15. Januar in Cohn's Festsaal tagte...

Der Zentralverband der Zimmerer hatte am 15. Januar seine Generalversammlung abgehalten...

Eine Brauenderversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kontobuch-Branche fand am Mittwoch Abend bei Pöster...

Die Versammlung der Möbelpolier (Filiale Offen) beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Rendite des Krankenzuschnitts...

Schöneberg. Der Holzarbeiter-Verband nahm in seiner Sitzung am 12. Januar den Bericht des Vorstandes...

Beig. Am 13. d. M. fand eine gut besuchte Generalversammlung des „Vollbildungsvereins“ statt...

Weissensee. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und der Umgegend hielt hier am 15. d. Mts. eine Wanderversammlung ab...

Neu-Weissensee. Am 10. Januar fand die vierteljährliche Generalversammlung des „sozialdemokratischen Arbeitervereins für Weissensee und Umgegend“ statt...

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. Jeder Freitag, Abends 7 Uhr...

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. B. Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonnabend, 21. Januar...

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben...

Arbeiter-Bildungs-Schule

Annenstrasse 16, 1 Treppe. Lehrplan für das I. Quartal 1899.

Table with 4 columns: Unterrichtsfach, Behandelte Lehrstoff, Lehrer, Unterrichts-Abend. Rows include National-Oekonomie, Reduebung, Geschichte.

Der Unterricht beginnt in National-Oekonomie Montag, den 16. Januar; Reduebung Donnerstag, den 19. Januar; Geschichte Freitag, den 20. Januar...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 20. Januar.
Cernhaus, Urdine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnen-
seite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kron-
Opernhaus). Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fahrman Genschel.
Anfang 7 1/2 Uhr.
König. Mathias Gollinger. Anfang
7 1/2 Uhr.
Berliner. Familie Jensen. Anfang
7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schloßhagen - Kom-
trollier. Vorder: Zum Ginstler.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Sohn der Frau. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Nischen.
Hinter: Die Engelstäger. An-
fang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Leibrante. Anfang
8 Uhr.
Weiten. Die Knecht. Anfang
7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Die berühmte Widerspännige.
Anfang 8 Uhr.
Thalia. Mein Leopold. Anfang
7 1/2 Uhr.
Velle-Miliane. Ueber Land und
Meer. Anfang 8 Uhr.
Cfend. Der Brandstifter. Anfang
8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter.
Dabei Loms Hütte ober: Skaven-
leben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Alexanderviertel. Verbotene Liebe.
Anfang 8 Uhr.
Vorodie. Genoveva. Walzgrün am
Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49.
Nachtliche Aufführung. Täg-
lich geöffnet von 10 Uhr Vor-
mittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: „Die Urzeit des
Menschen“.
Zentralstrasse 57/62. Täglich
Abends von 8-10 Uhr: Stern-
warte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Jesu-Platz. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Passage-Panopticum. Spezial-
itäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag 8 Uhr:
Die Leibrante.
Sonnabend 8 Uhr:
Die Leibrante.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Abends 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstrasse 31.
Abends 8 Uhr:
Die berühmte Widerspännige.
Schauspiel in 4 Akten von William
Schaffpeare. Mit Benutzung einiger
Theile der Uebersetzung des Grafen
Soubislin v. S. J. Deinsdorff ein.
Sonnabend Nachm. 3 Uhr: Schüler-
Vorstellung zu besonders ermäßigten
Preisen: Wilhelm Tell. Abends 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig.
Sonntag Nachm. 3 Uhr: Volk-
Vorstellung zu kleinen Preisen:
Die berühmte Widerspännige. Abends
8 Uhr: Auf vierfüßiges Bestangen:
Um's Hebe Geld.

Metropol-Theater.
Bergstr. 55, 57. Dir. Rich. Schultz.
Heute Freitag: Zum 25. Male:
Die kleinen Nischen's.
Operette in 3 Akten v. André Messager.
Hinter:
Die Engelstäger.
Tanzspiel in 14 Bildern von S. Regel
und H. Bayer.
Morgen Sonnabend:
**Zweiter grosser
Metropol - Maskenball.**
(Berliner Redoute).
Sonnabend und die folgenden Tage:
Die kleinen Nischen's und Die Engel-
stäger.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Vorleichte Aufführung!
Gastspiel Emil Thomas
Mein Leopold.
Sollst du mit Gelang in 6 Bildern
von Adolph Pirrono.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 22. Januar: Schauspiel
Emil Thomas. Zum 1. Male:
Schibboleth's Engel. Große Poffe
in 4 Akten von W. Stammbl.

Offend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 26. Male:
Bittliches Wasser! Novität!
Der Brandstifter
Sensationelles Aufführungsspiel
mit Gelang in 5 Akten (12 Bildern)
von G. Offenbach. Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-
konzert.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Morgen und folgende Tage: Der
Brandstifter.
Sonntag Nachmittags: Lorbeerbaum
und Hottelstab.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
**Dr. Heilborn: Die Trachten
der Naturvölker.**
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Im Kaisersaal
nur noch wenige
Tage:
**Adrienne
Gaston.**
Im Völkersaal
ständig:
**40 Krieger
des Mahdi.**

**Castan's
Panopticum.**
Die
**SIOUX-
INDIANER**
sind da!

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel
von Deboussone und Sturges.
Musik von Ed. Audran.
Die Puppen finden nach dem zweiten
und dritten Bilde statt.
Morgen und folgende Tage: Die
Puppe (La Poupée).
Sonntag Nachmittags 3 Uhr zu
halben Preisen: Der Vogelständer.
Von Karl Keller.

Olympia-Theater
Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
Nur noch kurze Zeit.
Abends 8 Uhr:
Mene Tekel.
Jeden Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Sonnabend, den 28. Januar:
II. Gr. Maskenball.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hoff.
Täglich: Grosses Konzert
der Handstücke unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen
Custav Kluck.
Das vollständig neue Januarprogramm.
Auf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Eintritt Wochent. 10 Pf., Sonnt. 20 Pf.

**Feen-Palast-
Theater**
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Wiederanstreten der beliebtesten
Soubrette Helene Voss.
Neu! Der Geldknecht Schmidt.
Am 8 1/2 Uhr:
Gr. Gulerfolg: Rich. Müller
und Wilhelm Fiedel
in der unverwundlichen Poffe
Endlich zu Zweien.
Sollstater Weltaktspiel!
Fred Dewey. Gebr. Kiesel.
Gebr. Varo. Louise v. Dolff.
Alexandro Michaelanko, Russ.
Gejang u. Tanz-Gesellschaft.
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Sonn. v. 11-1 Uhr.

**Quarg's
Spezialitäten-Theater.**
Grand Hôtel Alexanderplatz.
Täglich:
Cona Pilotti's Gunde u. Rahen:
Zirkus. — Hedwig Günther. — Amanda
und Hans Bellini. — The Mikograph etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.
Acht! Die Fest- und Konzertsäle
des Grand Hôtel Alexanderplatz sind
unter kaulanten Bedingungen zu
Versammlungen, Privat-
festlichkeiten zu vermieten.

Apollo-Theater.
Direktion E. Waldmann.
**Carola
Débriège
Alexia**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 4. Februar 1899:
Yvette Guilbert.
Billet-Vorverkauf ab
Montag, den 23. Januar.

**Volks-Theater
im Welt-Restaurant**
Dresdenerstr. 97.
Dir.: A. Kollig. Mit. Leiter: A. Runge
Täglich:
Große Gala-Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Neu! Schützenbrüder. Neu!
Poffe mit Gelang von Fritz Waldau.
Musik von Diele.
Stille Liebe mit Hindernissen.
Origin. Poffe mit Gelang v. Wipflus.
Sensationell! Sensationell!
Klown Bobby
mit seinen wunderbar dress. Gunden.
Sonntags 6 Uhr.
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

**Moabiter
Gesellschaftshaus,**
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Ensemble-Szenen, Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Passo-partouts werden jetzt, für
das ganze Jahr gültig, vergeben.
Anfang: Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 5 Uhr.
Eintritt 10 Pf. C. Peters.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Mensel,
Piero, Britton,
Siedl, Krone,
Wöhl, Schneider
und Schrader.)
Heute Freitag:
Neues Programm!
Anfang 8 Uhr. Entree (Barquet
durchgehen) 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Nam. Balkon 75 Pf., Balkon-Logen
1 M., Orchesterlogen 1,50, Fremden-
logen 2 M.
Tageskasse von 11-1 Uhr.
Morgen Sonnabend (nur noch
kurze Zeit): Pepita vor Gericht.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
**Hoffmann's
Quartett-Humoristen**
Zum Schluss:
**Das Versprechen
hinterm Herd.**

Mähr's Theater
Oranienstr. 21.
Täglich Vorstellung.
Täglich:
„Inser Helgoland.“
Otto Gregor a. G.
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Sonntags 6 Uhr.
Sond. haben Wochentags Gültigkeit.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Freitag, den 20. Januar:
Die Waise aus Loowood.
Schauspiel in 2 Akten (4 Akten)
von Chaet. Birdsall.

**Circus
BUSCH**
Freitag, den 20. Januar 1899.
Abends 7 1/2 Uhr:
**Gr. komische Vorstellung.
PERSIEN.**
Besonders hervorzuheben: Akt über
die hundert Fuss hohe Burgmauer.
Außerdem: Amuseur-Rouffrenz-
Ritter. Wer dreimal fesselt die
Rauhe umreitet, erhält eine Brantie
von 50 M. In der Tanzstunde. Gr.
Quadrille von 8 Damen u. 8 Herren.
100 Clowns, männliche und weibliche,
darunter die besten Varieteeünstler
der Gesellschaft. Auftreten des Giger-
Clowns Alfred Daniels als Zauberer,
Direktor Busch mit seinen neuen
Trennendvorstellungen.
Morgen 7 1/2 Uhr: Persien.

**Die Festsäle
und der Garten**
werden vom 1. April 1899 wieder an
Bewerkschaften, Gejang, Theater-
und Bergbauvereine unter
kaulanten Bedingungen zu Ver-
sammlungen vergeben. Rechtzeitige
Anmeldung!
Julius Wernau,
6322* Oelknecht, Schenkerstr. 23/24.

Vereine.
Achtung! (6173*)
Die Sonntage der Winter-
Saison sind an Vereine zu ver-
geben. Fritz Nagel,
„Feldschützen“, Röllkestr. 142

M. Cohn's Festsäle,
Beuthstr. 21.
Folgende Sonntage sind frei geworden und unter kaulanten Bedingungen
zu Wastebällen etc. zu vergeben: 19. u. 26. Februar, 12. u. 19. März.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Morgen Sonnabend, 21. d. M., Abends 8 Uhr,
in den Gesammträumen
des Böhmisches Brauhauses, Landsberger Allee 11-13
8. Stiftungsfest
bestehend in **Künstler-Konzert.** Festrede: **Wilhelm
Liebknecht.** — Nach dem Konzert: **Tanz.**
Billets à 50 Pf. incl. Programm und Liedertexten sind
in der Schule, Annenstr. 16, sowie in den Zahlstellen der
Schule und der „Freien Volksbühne“ zu haben. (Näheres
siehe in No. 13 des „Vorwärts“ vom Sonntag, Inseratenthell.)

Die Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer
ermöglicht Jedermann durch ihr Spar- und Teilzahlungs-System in den
Besitz eines guten und billigen **Fahrrades** und aller Bedarfsartikel
zu kommen, wenn man derselben als Mitglied beitreitt. 140b
Geschäftsstelle: Sickingenstraße 7.
Charlottenburg!
Grosses Lager! (517L*)
Reparaturen gut und billig.
Uhrmacher **F. Kunstmann, Wallstrasse 1.**

Brauerei Oswald Berliner
Brunnenstrasse 141-143.
Hierdurch beehre ich mich ergebenst mitzutheilen,
dass ich mit dem Ausstoss meines diesjährigen
Bock-Bieres
am Sonnabend, den 21. Januar d. J.,
beginne und werden gefl. Bestellungen auf Gebinde
und Flaschen prompt ausgeführt.
Telephon Amt III 681. Hochachtungsvoll
" " III 8867.
Oswald Berliner.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen
Renommirtes
Fabrikat. Beste
Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalst, Spezialität. . . 7 M.
" " ohne Raht, Spiegel. 8,50 M.
" " Befah u. Knopfverzierung 3,00, 4,50,
5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" Agraftstiefel, Befah. 6,50, 7,50, 8,50 bis
18 M.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kollnerschuhe in den
verschiedensten Dessins und Weidlagen.
Arbeitschuhe, rechl. solid, fräftig. 4,50 bis 6,50 M.
Schaffstiefel, Reittiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befah u. Kappe,
von 5,50 M. an.
" Schnürschuhe von 3,50 M. an.
" Hausschuhe von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
äuherst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.
Gröste Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
die Sohlen angestempelt, daher jede Uebervorteilung
ausgeschlossen. (6402*)
Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-
strasse 102.
W. Schillstrasse 12.
Zietlin, Reichshagenstrasse 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Damburg, Steinstrasse 18.
Magdeburg, Marktstr. 5.
Bremen, Panierstrasse 75.
Düsseldorf, Schadowstrasse 67.
Köln a. Rh., Engelstr. 86.
Frankfurt a. M., Liebfrauen-
berg 26.
Seil 67.
München, Sendlingerstrasse 10.
Dachauerstrasse 83.
Dandlbergerstrasse 7.
Sumboldstr. 23.
Amalienstr. 28.

Uhren! Goldwaaren!
Elegante Neuheiten in jeder Preislage.
Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.
Einf. für 2 eigene Geschäfte, Reparatur-Werkstatt im Hause.
Uhrmacher **Konrad Friese, Juwelier.**
1. Geschäft: Müllerstr. 4, direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Fenustr. 61.
Mein Lager in Musikwerken befindet sich Müllerstr. 4. Symbionen-
Spielbogen von 7 M. an. Herophond werden billig vertrieben. (6373*)
Gute Speckeloffeln Str. 1, 95.
10 Pf. 20. Nannynstr. 17
im Keller. Offen v. 8 Uhr Morgens
bis 2 Uhr, Sonnabend 5-9 Uhr Abends.
Schnigel à Pfd. 1 M., prima
Nudelfett à Pfd.
60 Pf. Stiegen à Pfd. 50 Pf. (1306*)
C. Schubert, Pringestr. 25.

Soeben beginnt neuer
Jahrgang:
**IN FREIEN
STUNDEN**
ILLUSTRIRTE ROMAN
BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG
HEFT 10 - PFENNIG
**DIE TOCHTER
DES SUDENS**
Zu beziehen durch
alle Colporteurs und Spediteure.

Wassen-Garderobe.
Gröste Auswahl.
Billigste Preise.
Serein. Freiermächtigung.
Fr. Panknin,
Oranienstrasse Nr. 178
II. Adalbertstrasse 91.
Ede Oranienstrasse.

Deutscher Vortex
Deffert u. Walfestdier 1. Rang.
Brauerei Burgthaler, gegr. 1798.
Besond. für Blut-
arme, Brustkranke
Weichl., Weichl.,
Kleiner et. b. leicht
bekömmlich, nahrh.
fräftigste Bier. —
In blutbild. best.
best. Geschicht. u.
Gewichtszunahm.
Aberr. 14 Pf. drei,
50 sechs M. exkl.
In Geb. 1/2, 1/4
1/8 zum Selbstk. wesentlich billiger.
Allein. Versandt. für Berlin u. Prov.
Vortexfabrik **Hingler, Berlin,**
Brunnenstr. 152. Ferner gr. Lager
von edl. on gl. Portor und Palo-Aale
Nicht Klafenzahl, Qual. entsehendet!

Sophastoffe
auch **Reife**
in Nipso, Damast, Crepe,
Phantase, Gobelins und
Wäsch (sofortig!) (6128*)
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Oranienstr.
Nr. 158.
Emil Lefèvre,

Arbeitsmarkt.
Achtung! Holzarbeiter.
Bei der Firma Carl Lutz
(Adlershof) haben sämtliche
Tischler wegen Differenzen die
Arbeit eingestellt. 1435
Zugang zu fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Nauendorf-Strasse), haben
sämmliche Tischler wegen Diffe-
renzen die Arbeit niedergelegt.
Zugang fernhalten!
Die Ortsverwaltung.
108

Achtung!
Schuhmacher
auf Bestellung verlangt 1845*
An der Stadtbahn 41.
Studateurlehrling verlangt
1305 Sander, Rasanterstr. 31